

Adenauer: Im übrigen kann ich Ihnen sagen, daß ja auch ein Herr, der aus Baden-Württemberg stammt, Bundestagspräsident ist. Genügt Ihnen das nicht? (*Heiterkeit.* – *Zurufe:* Der Wirtschaftsminister ist auch aus diesem Lande! – Der Präsident des Europaparlaments!)

Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen für Ihre Mitarbeit und schließe die heutige Sitzung.

3 a

Sitzung des Engeren Bundesvorstands

Bonn, Mittwoch 7. Februar 1962

Sprecher: Adenauer, Blank, von Brentano, Burghacher, Dichtel, Dufhues, Erhard, Etzel, (Bert) Even, Gradl, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Meyers, Frau Rehling, Röder, Schmücker, [Schröder], Stoltenberg.

Bericht zur politischen Lage. Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesparteien. Bundesparteitag. Geschäftsführender Vorsitzender. Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Finanzreform.

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 12.00 Uhr

Teildruck in ADENAUER: Reden S. 431–442; MAIER/THOSS S. 303–305.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Diese Sitzung ist die erste Sitzung des Engeren Bundesvorstandes seit der Bundestagswahl. Das braucht aber kein Versäumnis zu sein; denn wir haben bereits zwei Sitzungen des Bundesparteivorstandes seit der Bundestagswahl abgehalten. Als Termin für die heutige Sitzung hatten wir zunächst den 30. Januar vorgesehen. Dieser Termin mußte aber verschoben werden, weil ich an einer Grippe erkrankt war. Lassen Sie mich dazu ein persönliches Wort sagen. Meine Damen und Herren! Sie können das weitergeben, wenn Sie wollen. Man darf Bundeskanzler sein, man darf alle möglichen Scherereien auf seinem Buckel haben, aber ein Recht auf Grippe hat man nicht! Das ist unter gar keinen Umständen erlaubt.

Nun bin ich, sobald ich gewählt worden war, nach Washington gefahren, weil in etwa die Sache gefährlich für uns aussah, um die Verbindung durch eine Aussprache mit Präsident Kennedy zu pflegen. Ich hatte damals schon Fieber. Ich hatte also die Grippe. Sie wurde natürlich in Washington nicht besser. Ich habe zwar versucht, sie auszukurieren, aber es gelang mir nicht. Bei mir sind die Nebenhöhlen entzündet. Jeder Arzt wird Ihnen sagen, das wird erst wieder in Ordnung kommen durch eine andere Temperatur und ein besseres Klima. Ansonsten bekommt man immer wieder Husten, Schnupfen usw. Daran ist nun leider nichts zu ändern.

Ich möchte Ihnen aber noch folgendes sagen: Mein letzter Urlaubstag – wenn Sie das überhaupt Urlaubstag nennen wollen – war am 10. August.¹ Aber auch das war insofern kein Urlaubstag, als ich damals Verhandlungen mit Fanfani² und Segni³ in Mailand hatte. Am Tage vorher habe ich mit Rusk verhandelt, eine Verhandlung, die sehr wichtig war. Rusk war damals in Balazzo am Comer See, um die Rockefeller⁴-Stiftung – ein wundervolles Besitztum –, deren Präsident er ist, zu revidieren. In dieser glücklichen Rockefeller-Stiftung gibt es fünf Professoren und 53 Angestellte. Ich empfehle jedem von Ihnen, wenn er es erreichen kann, Präsident der Rockefeller-Stiftung zu werden.

Also, seit dieser Zeit bin ich keinen Tag mehr in Urlaub gewesen, auch nicht zwischen Weihnachten und Neujahr. Ich habe also keinen Tag Urlaub mehr genommen nach der Bundestagswahl, während diejenigen Damen und Herren, die im Wahlkampf tätig waren, mit Recht einen Urlaub eingelegt haben. Und wenn ich nun die Grippe habe, dann heißt es in gewissen Kreisen: Er ist fertig. – Ich glaube sogar, man wollte Kränze bestellen. (*Bewegung und Unruhe.*)

Deshalb bitte ich Sie, wenn Sie mit irgendwelchen Leuten sprechen, zu bedenken, daß diese doch parteipolitische Esel sind. Denn sie wollen uns auseinandermanövrieren. Sie wollen einfach so tun, als ob wir manövrierunfähig und regierungsunfähig seien. Aber davon kann keine Rede sein; denn ich habe auch, während ich zu Hause sein mußte, Tag für Tag meine Arbeit verrichtet. Auch die Herren Krone und Globke⁵ habe ich zu einer längeren Aussprache gebeten. Herr Krone wird wahrscheinlich sagen, daß das eine sehr interessante, aber auch anstrengende Aussprache gewesen ist. (*Krone: Fünf Stunden lang!*)⁶

1 Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66.

2 Amintore Fanfani (geb. 1908), italienischer Politiker; 1954, 1958/1959, 1960–1962, 1962/1963, 1982/1983 und 1987 Ministerpräsident (DC).

3 Professor Antonio Segni (1891–1972), Rechtswissenschaftler, italienischer Politiker; 1955–1957 und 1959–1960 Ministerpräsident (DC), 1960–1962 Außenminister, 1962–1964 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 391 Anm. 12.

4 John Davison Rockefeller (1839–1937), amerikanischer Industrieller; 1913 Gründer der Rockefeller Foundation.

5 Dr. Hans Globke (1898–1973), 1949–1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 523 Anm. 22.

6 Vgl. Krone-Tagebuch vom 1. Februar 1962 (ACDP I-028-069/2).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Seit dem zunächst festgesetzten ersten Termin der Sitzung des Engeren Bundesvorstandes bis heute hat sich sowohl die außenpolitische wie auch die innenpolitische Situation und auch innerhalb unserer Arbeit wiederum etwas geändert. Deshalb möchte ich Ihnen einen Überblick über die Lage geben und meine Ansicht dartun, wie ich die ganze Situation sehe. Ich möchte das in diesem kleinen Kreis tun, weil ich Ihnen ganz bestimmte Dinge sagen muß, die nicht an die Öffentlichkeit kommen dürfen. Das ist ja die große Gefahr überhaupt in der heutigen Zeit, meine Damen und Herren, der Mangel an Diskretion, der gang und gäbe ist, aber nicht nur bei uns Deutschen, sondern überhaupt in der Welt, der sehr viel Schaden anrichtet, namentlich aber für uns Deutsche. Ich will nicht sagen, Sie dürfen überhaupt kein Wort verwenden von dem, was ich Ihnen jetzt vortrage – ich werde auch einen Teil davon nachher bei dem größeren Kreis des Bundesparteivorstandes vortragen –, aber ich bitte Sie doch dringend, jeden von Ihnen, Fingerspitzengefühl dafür zu zeigen, was man weitergeben kann und was man nicht weitergeben kann.

Zunächst zur außenpolitischen Lage! Die Verhandlungen über Berlin sind minus : minus. Nicht der geringste Erfolg ist auf der amerikanischen Seite zu verzeichnen. Ob die Verhandlungen weitergeführt werden oder nicht, das wissen die Amerikaner zur Zeit selber nicht. Ich will gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, sondern will versuchen, Ihnen mit wenigen Sätzen das Bild der Lage vom November 1958 und vom Februar 1962 zu zeichnen. Im November 1958 war die sowjetrussische Berlin-Note das wichtigste Ereignis.⁷ Die westlichen Mächte, insbesondere die Amerikaner – auch die frühere Administration –, haben es als einen Gewinn betrachtet, daß sich die Verhandlungen über Berlin hinausgezögert haben. Wenn Sie aber daran denken, wie die Situation in der Welt im November 1958 war und wie sie heute ist, dann werden Sie wohl mit mir darin übereinstimmen, daß die Zeit für die Russen gearbeitet hat, daß sie aber nicht gearbeitet hat für den sogenannten freien und geschlossenen Westen. Das „sogenannte“ bezieht sich nicht auf „freien“ sondern auf „geschlossenen“.

Nehmen wir zunächst Sowjetrußland! Sowjetrußland hat in diesen fast vier Jahren rüstungsmäßig kolossal aufgeholt. Es ist nach meiner Meinung müßig, hier etwa zu sagen, die Amerikaner sind nuklear stärker bewaffnet, oder die Russen sind nuklear stärker bewaffnet. Wenn diese Waffen gebraucht werden, bleibt von Europa nichts mehr übrig. Denn der Angriff mit nuklearen Waffen wird wahrscheinlich nicht von Amerika ausgehen, sondern den ersten Schlag wird höchstwahrscheinlich Sowjetrußland tun, weil es aggressiver ist und weil eine Demokratie wie die Vereinigten Staaten

7 Noten der Sowjetregierung an die Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR vom 27. November 1958 mit der Forderung, den Vier-Mächte-Status Berlins aufzugeben und die Stadt innerhalb von sechs Monaten zu entmilitarisieren. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 266 Anm. 10 und Ebd. S. 377 Anm. 22.

– namentlich eine Demokratie, die überhaupt noch nie einen ernsthaften Krieg im eigenen Land gehabt hat – sich nicht so leicht dazu entschließen kann, einen solchen Schlag zu tun.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Präsident Kennedy wiederholt erklärt hat, Amerika könne erst dann in den nuklearen Krieg eintreten, wenn das amerikanische Volk über die Notwendigkeit dieses Schrittes aufgeklärt worden sei. Das ist natürlich von seiten Kennedys verständlich. Wie aber nun diese Feststellung, daß das amerikanische Volk über die Notwendigkeit zum Eintritt in einen nuklearen Krieg genügend aufgeklärt sei, getroffen werden soll, das weiß ich nicht.

Ein Zweites möchte ich Ihnen sehr nachdrücklich sagen: Auf dem Gebiete der konventionellen Waffen ist Sowjetrußland der ganzen NATO weit überlegen. Die Russen haben die Herbstmanöver des vergangenen Jahres dazu benutzt, um in der weiteren Umgegend von Berlin und der Zone eine Streitmacht zu versammeln, die die ganzen NATO-Divisionen, wenn sie versammelt wären, einfach hinwegputzen würde.⁸ Das sind Dinge, meine Damen und Herren, denen man nun wirklich ins Gesicht sehen muß. Was ich Ihnen jetzt ausführe, das beruht auf recht zuverlässigen Feststellungen unserer Abwehr.

Ich sehe es aber furchtbar ungern, Herr von Hassel, wenn jetzt jemand mitschreibt. Ich weiß nicht, wohin das geht. Dann kann ich einfach nicht mehr sprechen! Wenn jeder von Ihnen das Recht haben will, das mitzuschreiben, dann kann ich einfach – verzeihen Sie – nicht mehr weitersprechen.

Unsere Abwehr ist über die Vorgänge in der Zone wohl besser unterrichtet als die amerikanische. (*Gradl*: Ich bezweifle es!) Ich bezweifle es nicht. Aber lassen wir uns nicht darüber streiten, wer besser unterrichtet ist. Zwischen den Amerikanern und uns haben sich, als ich damals in Washington war, Differenzen ergeben, die in meiner Gegenwart nicht aufgeklärt worden sind. Jedenfalls meine ich, daß wir verpflichtet sind, auf die Ergebnisse der Feststellungen unserer Abwehr – solange es nicht offensichtlich Fehler da gibt – unsere Politik aufzubauen und nicht auf die Ergebnisse der amerikanischen Abwehr, die doch unter ganz anderen Gesichtspunkten eingesetzt wird als unsere Abwehr.

Die Russen haben diese Herbstmanöver benutzt, um in der Zone, in Polen, in der Tschechoslowakei und in den sich hieran anschließenden Teilen der Sowjetunion so viel konventionelle Truppen zusammenzuziehen, daß sie uns einfach glatt überlegen sind. Sie haben zum erstenmal diese Herbstmanöver nicht, wie es sonst üblich ist, in Schwarz und Weiß gemacht, sondern als eine Vorbereitung angesehen für einen Einbruch in die Bundesrepublik mit Stoßrichtungen nach Hamburg, nach dem Industriegebiet und bis nach Frankfurt. Dazu möchte ich sagen, die russischen Truppen

⁸ Zu dem Manöver der Ostblockstaaten mit Verbänden des Heeres, der Luftwaffe und der Marine im Oktober und November 1961 auf dem Gebiet der DDR vgl. BULLETIN vom 11. Oktober 1961 S. 1802 f.

sind besser bewaffnet als alle anderen Truppen. Die russischen Divisionen bei den konventionellen Truppen sind zwar, was die Zahl der Soldaten angeht, kleiner als die NATO-Divisionen, aber sie haben viel mehr Panzer. Sie haben ausgezeichnete Panzer. Sie haben viel bessere Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Panzergeschütze. Sie sind sogar besser als die neuesten amerikanischen Geschütze.

Darüber, was die französische NATO-Armee wert ist, brauche ich nichts zu sagen. Die englische ist auch nicht stark; auch die amerikanischen konventionellen Truppen sind in einer Umrüstung begriffen, die voraussichtlich erst im Jahre 1964 abgeschlossen sein wird. Daraus folgt, daß ich Ihnen die Situation einmal sehr klar darstellen muß, die so ist, daß, wenn es um Berlin zu kriegesischen Handlungen kommen sollte, sie vom ersten Augenblick an mit nuklearen Waffen ausgefochten werden müssen, wenn der Westen überhaupt eine Aussicht haben soll, dort zu siegen. So müssen Sie die Situation sehen. Dann sehen Sie die Situation, wie sie jetzt ist, richtig. Ich darf wiederholen, diese vier Jahre seit dem November 1958 waren kein Gewinn für den Westen; sie waren ein Gewinn für die Sowjetunion.

Nun sehen Sie sich einmal die NATO-Front an. Sie wissen, wie es in Frankreich aussieht. Gott gebe es, daß de Gaulle bleibt. Wenn er getötet würde oder wenn er auf irgendeine Weise zum Rücktritt gezwungen werden könnte, dann käme Frankreich entweder unter eine militärische Diktatur oder unter eine kommunistische Diktatur. Die Kommunistische Partei in Frankreich ist nach wie vor ausgezeichnet organisiert. Wie es mit der OAS aussieht, das wissen Sie. Für mich ist eigentlich eine der bezeichnendsten Nachrichten, die neulich durch die ganze Presse gegangen sind, die, daß drei Militärdepots mit Uniformen, Waffen und Munition in Versailles ausgeräumt worden sind⁹, ohne daß der OAS der geringste Widerstand geleistet worden ist. Das ist zur Zeit Frankreich!

In den letzten Tagen kam nun die Meldung von der Wendung in Italien.¹⁰ Ich gehe noch nicht soweit, nun zu sagen, was in Italien geschehen ist, ist eine Katastrophe; aber was in Italien geschehen ist, das ist eine außerordentlich ernste Angelegenheit, deren Ausgang kein Mensch jetzt überschauen kann. Dabei ist Togliatti¹¹, der Führer der Kommunistischen Partei in Italien, ein hervorragender Organisator; er ist der

9 Die OAS (Organisation de l'Armée Secrète) versuchte, durch Terror in Algerien und Frankreich sowie durch den Raub von Waffen eine Lösung des Algerienkonflikts zu verhindern. Führer der OAS war der Ex-General Raoul Salan (AdG 1962 S. 9633 f.). – Vgl. „Die Welt“ vom 9. Januar 1962 „Waffenraub beunruhigt Frankreich. Behörden sehen durch den Einbruch in Depot bei Versailles Putschabsichten der OAS bestätigt“.

10 Auf dem Parteitag der Democrazia Cristiana vom 27. Januar bis 1. Februar 1962 wurde die Bildung einer Koalitionsregierung aus Christlichen Demokraten, Sozialdemokraten und Republikanern mit Unterstützung der Nenni-Sozialisten beschlossen (AdG 1962 S. 9665 f.). – Vgl. „Die Welt“ vom 2. Februar 1962 „Parteitag billigt Fanfanis neuen Kurs“.

11 Palmiro Togliatti (1893–1964), italienischer Politiker; 1921 Mitgründer der kommunistischen Partei Italiens (PCI), 1944–1945 stv. Ministerpräsident, 1945–1946 Justizminister, ab 1947 Generalsekretär der PCI.

Vertrauensmann Moskaus, nicht nur für Italien, sondern auch für einen großen Teil von Europa. Es ist unmöglich, etwa prophezeien zu wollen, wie nun diese ganze Geschichte dort ausläuft. Daß aber diese sogenannte *Apertura sinistra* große Gefahren in sich schließt, auch für die NATO-Politik Italiens, das kann man auch bei dem größten Wohlwollen für Fanfani nicht von der Hand weisen.

Wenn Sie an die weitere NATO-Front denken, brauche ich nur auf die Türkei hinzuweisen mit einer politisierten Armee. Und die politisierte türkische Armee ist ein sehr wenig brauchbares Instrument. Mir hat vor drei Monaten der frühere englische Vertreter Robertson¹², der Feldmarschall, mit dem ich über diese Angelegenheit gesprochen habe, gesagt, politisierende Generale müssen erschossen werden. Das gilt auch für französische Generale. Das ist als Prinzip durchaus richtig. Man muß sie nur haben, ehe man sie erschießen kann.

Dazu kommt noch – auch das muß ich mit aller Vorsicht sagen –, daß die neue Administration in den Vereinigten Staaten außerordentlich schwierige innenpolitische Probleme hat, die leider in unserer Presse nicht entsprechend gewürdigt werden. Über einen Teil dieser innenpolitischen Probleme hat Präsident Kennedy mit mir gesprochen, als ich im Herbst in Washington war, und zwar über die sozialen Probleme. Auf sozialem Gebiet will er – und jeder kann das nur begrüßen und ihm wünschen, daß er Erfolg hat – in Amerika eine ganz neue Basis schaffen; denn die Amerikaner haben uns gegenüber nur sehr wenige soziale Fortschritte zu verzeichnen. Hinzu kommt das wirtschaftliche Element. Sie wissen, daß Präsident Kennedy in seiner Botschaft an den Kongreß davon gesprochen hat, daß die EWG nun eine sehr große wirtschaftliche Macht geworden sei.¹³ Deshalb verlangt er von dem Kongreß große Vollmachten auf dem Zollgebiet, um die Ausfuhr in den Vereinigten Staaten in das Gebiet der EWG forcieren zu können.

Daß nun demgegenüber ein Teil unserer Presse laut Hurra schreien kann und sogar in Reden von einer Atlantischen Union gesprochen wird, ist mir völlig schleierhaft. Man muß sich doch darüber klar sein, daß die forcierte amerikanische Einfuhr von uns eine forcierte Ausfuhr verlangt. Wie sollen wir sonst bestehen können! Die ganze ökonomische – ich gebrauche das Wort ökonomisch mit Absicht – Situation Deutschlands ist doch die: Wir haben keine Naturschätze mehr von Bedeutung, seitdem die Kohle entthront ist. Das Industriegebiet wird uns in den kommenden Jahren sehr große Sorgen machen und sehr viel Geld kosten. Unsere Landwirtschaft hat – wenn man es sehr wohlwollend ausdrücken will – ein mittleres Klima mit mittlerer Höhe in einem großen Umfang. Es ist jedenfalls keine Landwirtschaft, die auf eigenen Füßen stehen kann. Das kann sie eben nicht. Was haben wir also? Wir

12 Sir Brian Hubert Robertson, Baron of Oakridge (1896–1974), britischer General; 1953–1961 Präsident der staatlichen britischen Transportkommission. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 383 Anm. 33.

13 Botschaft Kennedys an den Kongreß vom 11. Januar 1962 (BULLETIN vom 19. Januar 1962 S. 107 und AdG 1962 S. 9600–9603).

haben lediglich die Arbeitskraft und die Kenntnisse der deutschen Menschen. Das ist unser einziger Besitz.

Nun gehe ich nicht soweit zu sagen, die deutsche Wertarbeit ist ein Märchen geworden; aber weitgehend ist sie doch ein Märchen geworden. Das können Sie z. B. in der „Neuen Zürcher Zeitung“¹⁴ lesen. Der einzige Trost ist uns geblieben, daß die anderen Völker auch nicht viel besser arbeiten als wir. Es ist jedenfalls so, daß unsere Arbeit nicht mehr als besondere Wert- und Markenarbeit im internationalen Verkehr gilt.

Und was sehen wir jetzt? Denken Sie an die Forderungen der Gewerkschaften. In der Zwischenzeit ist auch der Tarif der Behördenangestellten gekündigt worden.¹⁵ Das sind die Angestellten der Bundespost und der Bundesbahn. Das ist alles gekündigt worden. Sie wissen, daß auch die Beamten hohe Forderungen stellen. Sie wissen, daß es dem Bundeskabinett gelungen ist, den Haushaltsplan für das Jahr 1962 – er ist inzwischen beim Bundesrat – mit Müh und Not auf die Beine zu stellen. Wenn nun diese Forderungen bei den Beamten und Behördenangestellten erfüllt werden müssen, dann liegt unser Haushaltsplan glatt auf der Nase. Dann werden wir möglicherweise zu einer Steuererhöhung gezwungen werden.

Ich habe den Eindruck, als ob jetzt die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften eine politische Auseinandersetzung geworden sei. Ich kann nicht beweisen, daß jede Gewerkschaft sich als ein politisches Instrument fühlt. Aber daß die Gewerkschaft unter der Führung von Herrn Brenner¹⁶ sich als ein politisches Instrument fühlt, das tritt doch klar zutage. Ich kenne Herrn Brenner persönlich und weiß, wie er denkt und wie er ist. Und das ist eine politische Situation. Man hat anscheinend von der IG-Metall nun die anderen Gewerkschaften zu Hilfe gerufen hinsichtlich der Tarifikündigungen, so daß wir jetzt in dieser sehr schwierigen Situation stehen, eine Situation, die auch für unsere Wirtschaft, die auf den Export angewiesen ist, äußerst gefährlich werden kann.

Viele von uns wollen das nicht sehen, meine Damen und Herren, es ist aber so. An der Schweizer Grenze werden z. B. die Bauten, auch von Industriegebäuden, schlüsselfertig an Schweizer Firmen vergeben, weil sie viel billiger arbeiten und herstellen als die deutschen Firmen. Am Niederrhein hat man Angebote angefordert für die schlüsselfertige Herstellung einer großen Fabrik. Dabei hat eine holländische Firma, die auch zu einem Angebot aufgefordert worden war, ein Angebot gemacht, das um 20 % niedriger lag als das billigste Angebot von deutscher Seite. Sie wissen,

14 In „Neue Zürcher Zeitung“ nicht zu ermitteln.

15 Der Hauptvorstand der Deutschen Angestelltengewerkschaft hatte am 6. Februar 1962 alle Gehaltstarife im öffentlichen Dienst zum 31. März 1962 gekündigt. Vgl. „Die Welt“ vom 7. Februar 1962 „DAG kündigt Tarife im öffentlichen Dienst“.

16 Otto Brenner (1907–1972), 1952–1972 Vorsitzender der IG Metall. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 272 Anm. 52.

daß gerade beim Bau die Arbeitskraft eine große Rolle spielt. Die holländischen Arbeiter arbeiten sechs Tage, und zwar jeweils acht Stunden. Ich weiß – ein anderes Beispiel – vom Volkswagenwerk, daß dort für die italienischen Arbeiter eine besondere Abteilung eingerichtet worden ist, weil die Leute ebenfalls sechs Tage in der Woche mit je acht Stunden arbeiten wollen. Deswegen mußten sie beschäftigt werden in einem Teil des Riesenunternehmens, der ziemlich für sich abgeschlossen ist.

So ist es auch in den anderen Ländern, die uns Konkurrenz machen. Sie wissen, daß die französische und die italienische Industrie einen unerwarteten Aufschwung genommen haben.

Vor einigen Tagen war Herr Blessing¹⁷ bei mir – er kommt von Zeit zu Zeit zu mir, um mir einen allgemeinen Bericht über die Situation sowie über die Bundesbank zu geben –, der mir sagte, die Konjunktur habe sich ganz allgemein abgeflacht, die Spaltung zwischen dem Angebot und der Nachfrage sei geringer geworden. Daß nun diese erheblichen Lohnforderungen auf breiter Ebene uns im Blick auf die Wirtschaft und den Export sehr große Sorgen machen, liegt auf der Hand.

Ein besonderes Wort zum Baumarkt! Der Baumarkt hat in den Jahren von 1959 bis jetzt eine Steigerung von insgesamt 25 % erfahren. Unsere Partei hat immer wieder zum Bausparen aufgerufen, und zwar mit Recht. Ein großer Teil dieser Bausparer kann aber nun nicht mehr erwarten, mit den gesparten Beträgen ihr Ziel, nämlich ein eigenes Haus zu bauen, zu erreichen. Es mehren sich auch – ich weiß nicht, ob Sie das in der Presse gelesen haben – die Aufrufe zum Sparen in Sachwerten. Ich meine jetzt nicht in Aktien, sondern etwa folgendes: Ich habe gestern im Wirtschaftsteil der „Welt“¹⁸ gelesen, daß eine Gesellschaft, die Grundbesitz erworben hat, auf diesen Grundbesitz Zertifikate ausgibt, weil sie sagt, so ist das Geld sicher. Das ist natürlich tödlich für unsere Sparkassen. Diese ganzen Zusammenhänge muß man sich natürlich klar machen. Deshalb werden Sie vielleicht doch mit mir darin übereinstimmen, daß die Situation in der Welt sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch und auch wirtschaftlich alles andere als normal ist.

Lassen Sie mich etwas einschieben. Sie haben sicher in der Zeitung gelesen, daß ich gestern eine Besprechung mit einigen Herren von der FDP gehabt habe.¹⁹ Ich habe die Gelegenheit der Zusammenkunft benutzt – die nicht zu dem Zweck angesetzt war, um das zu besprechen, was ich Ihnen jetzt sage –, um über Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und uns zu sprechen. Ich möchte auch hier an die Spitze stellen, was ich da gesagt habe. Ich werde morgen und übermorgen eine längere

17 Dr. Karl Blessing (1900–1971), 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank.

18 „Die Welt“ vom 6. Februar 1962 „Immobilien sparen setzt sich durch“.

19 Besprechung am 6. Februar 1962 mit Mende, von Kühlmann-Stumm, Zoglmann und Globke (TERMINKALENDER). Vgl. „Die Welt“ vom 7. Februar 1962 „Adenauer, Brentano, Mende einig: Reserve bei Reden zur Ostpolitik“.

Aussprache mit Herrn Kroll²⁰ haben, und ehe ich Herrn Kroll gesprochen habe, kann ich zu der Frage solcher Verhandlungen nicht abschließend Stellung nehmen. Das liegt auf der Hand.

Meine Damen und Herren! Warum in aller Welt soll Chruschtschow bei direkten Verhandlungen mit uns entgegenkommender sein als bei den Verhandlungen mit den Amerikanern? Das kapiere ich nicht! Warum denn? Er braucht doch vor uns keine Angst zu haben! Chruschtschow hat seinerzeit dem amerikanischen Journalisten Lippmann²¹ gesagt: „Deutschland kann ich in einer Stunde wegputzen!“ – Darin hat er recht. Deshalb verstehe ich nicht, warum die Idee, wir sollten auf die direkten Verhandlungen mit Sowjetrußland eingehen, einen Vorteil für uns haben soll. Uns kann nur eines retten, das ist die Einigkeit und die Einheit des Westens. Noch vorgestern habe ich Nachricht aus Frankreich, aus England und insbesondere aus Amerika darüber bekommen, daß man wieder anfängt, uns wegen des Redens über Direktverhandlungen mit Sowjetrußland doch sehr mißtrauisch zu betrachten.

Lassen Sie mich dazu einen allgemeinen Satz sagen. Wer glaubt, daß wir Deutschen im Ausland beliebt seien, daß man auf unser Wort Häuser baut, der ist verdammt schief gewickelt. Überhaupt gilt doch in der ganzen Außenpolitik – das muß man sich immer vor Augen halten – nur eines: der Nutzen des eigenen Landes. Wenn Außenminister – auch verbündete Außenminister – an einem Tisch sitzen, dann sitzen keine Menschenfreunde zusammen; alles andere, sondern da sitzen Leute zusammen, die naturgemäß – das wissen Sie – an das Interesse ihres Landes denken und das auch an die Spitze ihrer ganzen Erwägungen stellen. Das ist doch der Sinn einer jeglichen Außenministerkonferenz.

Nun zu den Unterredungen mit der Sowjetunion! Ich will von dem Formellen einmal ganz absehen. Aber rufen Sie sich ins Gedächtnis zurück, wie sich die Sache mit Herrn Kroll abgespielt hat. Kroll wird in das Außenministerium in Moskau gerufen. Der Vertreter des Ministers gibt ihm ein Schriftstück von 22 Schreibmaschinenseiten, keine Adresse, keine Unterschrift, sondern lediglich ein beschriebenes Papier, und sagt: Das gebe ich Ihnen. Da sind Gedanken Chruschtschows drin. Das gebe ich Ihnen privat. Was Sie damit tun wollen, das ist Ihre Sache. – Herr Kroll schickt es uns.²² Wir lassen es übersetzen. Ich will Ihnen sagen, was im großen und ganzen darin stand. Wenn ich alle Phrasen weglasse, dann stand darin: Die Franzosen sind Halunken, denn die wollen euch niederhalten. Die Engländer sind Halunken,

20 Dr. Hans Kroll (1898–1967), seit 1920 Auswärtiges Amt, 1950–1953 Leiter der Gruppe Ost-West- und Interzonenhandel im Bundesministerium für Wirtschaft, 1953–1955 Botschafter in Belgrad, 1955–1958 in Tokio, 1958–1962 in Moskau. – Zum Gespräch vgl. DERS.: Lebenserinnerungen S. 546 f.

21 Walter Lippmann (1889–1974), amerikanischer Publizist; 1929–1931 Chefredakteur der „New York World“, 1931–1967 Kolumnist der „New York Herald Tribune“.

22 Druck der Denkschrift vom 27. Dezember 1961 des sowjetischen Außenministeriums in BULLETIN vom 10. Januar 1962 S. 47–52.

die haben euch in die NATO gebracht, damit ihr wirtschaftlich nicht zu stark werdet. Die Amerikaner sind Erzhalunken, denn die wollen euch doch nur ausnutzen, um die amerikanische Macht auf der Erde zu stabilisieren. Ihr Deutschen, ihr müßt mal unter die Vergangenheit einen Strich machen. Ihr müßt in die Zukunft sehen. Und hier in Sowjetrußland, da habt ihr ein unbegrenztes Feld für wirtschaftliche Tätigkeit. Stellt euch also mit uns gut. Ihr braucht nicht mit den anderen zu brechen, aber so müßt ihr euch einstellen.

Nun, meine Damen und Herren, haben aber die Russen nicht einmal das Geld, um die Lieferungen zu bezahlen, die sie jetzt nach dem Handelsvertrag²³ bekommen. Sie denken auch nicht daran, die deutschen Lieferungen zu bezahlen, sondern sie sollen kreditiert werden von Deutschland für eine Zeit von mindestens zehn Jahren. Nun bitte ich Sie, einige Jahrzehnte zurückzudenken. Das ist nun dasselbe Spiel wie damals zwischen Frankreich und Sowjetrußland.²⁴ Die Franzosen mußten damals auch Geld pumpen, aber sie haben natürlich nie einen Franken oder einen Rubel wiederbekommen. Wenn nun ein Gläubiger einem Schuldner wie Sowjetrußland jemanden an den Hals schicken will, dann muß dieser einen sehr guten Gerichtsvollzieher haben, um sich da durchsetzen zu können. Das ist also diese Geschichte, die ich am liebsten nicht veröffentlicht hätte. Es hat aber die russische Botschaft hier an die Presse – z. B. die „Kölnische Rundschau“²⁵ – Teile daraus bekanntgegeben, wodurch wir gezwungen worden sind, auch unsererseits etwas zu sagen.

Wir hatten vorher unseren Bündnispartnern Mitteilung von der ganzen Geschichte gemacht. Man hat uns also gezwungen, Überlegungen anzustellen, was und wie sollen wir etwas veröffentlichen? Dazu eine Kleinigkeit! Damit will ich dem Auswärtigen Amt nicht zu nahe treten. Mir war vorgeschlagen worden, einen Auszug aus dem ganzen Bericht im „Bulletin“ zu veröffentlichen. Ich habe erklärt, um Gottes willen, wenn dieser Auszug veröffentlicht wird, dann werden unsere guten deutschen Geschäftsleute wild und rufen: Ran ans Geschäft! Deswegen habe ich also gesagt, man kann es nicht veröffentlichen. Wenn es schon veröffentlicht werden soll, dann der ganze Klumpatsch, aber nicht etwa nur die angeblichen Rosinen!

Im übrigen möchte ich Ihnen sagen, wenn von den Russen erklärt wird, die Franzosen wollen euch niederhalten, die Engländer wollen so und die Amerikaner wollen so, dann wird bei den anderen dasselbe über uns gesagt. Von einem Fall weiß ich es, daß Chruschtschow dort genau dasselbe von uns gesagt hat. Das ist doch klar. Er hat dort Vorwürfe gemacht: Wie kannst du überhaupt so gegenüber Deutschland sein; dieses Deutschland, das deinem Land und meinem Land so schrecklich viel

23 Neues deutsch-sowjetisches Handelsabkommen vom 31. Dezember 1960. BULLETIN vom 3. Januar 1961 S. 3 und S. 6. Vgl. KROLL: Erinnerungen S. 471–474.

24 Vgl. Heinrich BARTEL: Frankreich und die Sowjetunion 1938–1940 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa Bd. 24). Stuttgart 1986 S. 104–106.

25 „Kölnische Rundschau“ vom 4. Januar 1962 „Kein Alleingang Krolls bei Sowjets. Querschüsse gegen den Botschafter?“

angetan hat? Man vergißt immer eines, fürchte ich, daß ein Diktator kein Gewissen hat und die Dinge ganz anders beurteilt und ansieht, wie wir sie vom moralischen und rechtlichen Standpunkt aus ansehen. Das ist eine Frage, über die ich gerade in diesem kleinen Kreis einmal ausführlicher sprechen wollte. Im größeren Kreis muß ich zurückhaltender sein. Aber Sie sehen, meine Damen und Herren, wie unsere Aussichten sind.

Nun steht vor uns die Wahl des Jahres 1965. Wir haben jetzt drei Parteien – mit den kleinen Splitterparteien brauchen wir nicht zu rechnen –, die CDU/CSU, die SPD und die FDP. In Parenthese möchte ich sagen, daß die Zusammenarbeit mit der FDP bis auf weiteres ganz gut ist. Wir haben bisher keinen Grund zu klagen. Natürlich haben wir nicht mehr allein zu sagen. Daran muß man sich gewöhnen. Wir haben die uns fehlenden acht Sitze nicht erobern können. Damit haben wir nicht mehr die absolute Mehrheit, und damit verändert sich die ganze innenpolitische Situation. Wir müssen gegenseitig Rücksicht nehmen. Bei der FDP genügt es, noch einmal darauf hinzuweisen, daß kein einziger Abgeordneter von ihnen direkt gewählt ist, sondern sie sind alle über die Landesliste gewählt worden. Das zeigt also, daß sie wahrscheinlich auch in Zukunft nicht über die Landesliste hinauskommen werden, jedenfalls nicht in einem solchen Maße, daß man sagen könnte, nach 1965 hat die FDP Aussicht, die Politik mittragende Partei zu werden.

Es bleiben übrig die SPD und die CDU/CSU. Sie wissen, daß die SPD große Anstrengungen gemacht hat, um die Wahl zu gewinnen. Das ist ihr nicht gelungen. Aber sie haben einen erheblichen Zuwachs bekommen. Bisher sind keine Zeichen dafür vorhanden, daß trotz der Beschlüsse in Godesberg und in Hannover die SPD in Arbeitnehmerkreisen eine nennenswerte Einbuße erlitten hat. Es gibt da große Auseinandersetzungen, aber diese Auseinandersetzungen sind nicht so, soweit man das bisher beurteilen kann, daß man glauben dürfte, die SPD werde auseinanderfallen. (*Blank:* Sie kann nicht weiter nach links ausweichen!) Eine kommunistische Partei haben wir nicht. Ich sehe also nicht die Möglichkeit, daß die SPD auseinanderfällt. Sie hat Zuwachs bekommen in Kreisen, in denen sie früher keine Wähler hatte. Wenn aber die SPD, was Gott verhüten möge – das sage ich aus tiefster Überzeugung –, bei der Wahl des Jahres 1965 die stärkste Partei werden sollte, dann weiß ich nicht – ich bitte Sie, das wirklich in aller Ruhe zu überlegen –, was aus der CDU/CSU werden soll. Unsere Partei umfaßt alle Schichten der Bevölkerung: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, den Mittelstand und die Landwirte. Wenn Sie sich die Bundestagsfraktion betrachten, dann sehen Sie ganz deutlich, daß dort ein gewisses ständisches Prinzip vorhanden ist. Eine Partei aber, die keine weltanschauliche Grundlage hat, wird in der kommenden großen Auseinandersetzung mit dem atheistischen Kommunismus, die nach meiner Überzeugung Jahrzehnte dauern wird, nicht bestehen. Wenn die Sozialdemokratie die stärkste Partei werden sollte, dann wird sich in dem Kern der Sozialdemokraten – damit müssen wir rechnen – die Affinität, die Verwandtschaft mit dem Kommunismus, wieder geltend machen. Der Deutschlandplan der Sozialdemokraten ist noch nicht aufgegeben. Dann werden auch Mitglieder der SPD wie Brenner usw. viel mehr zu

sagen haben. Dann laufen wir Gefahr, daß wir im Laufe der weiteren Entwicklung in den russischen Sog kommen werden.

Zu Rußland möchte ich noch ein Wort sagen. Ich weiß – ich betone auch hier, ich weiß das –, daß sich gerade Chruschtschow wegen der Entwicklung in Rotchina ernste Sorgen macht. Ich habe schon früher einmal davon gesprochen, daß im September der „Figaro“²⁶ drei bebilderte Artikel gebracht hat über die riesigen Arbeiten, die Sowjetrußland in Ostsibirien nach der rotchinesischen Grenze zu macht. Sie haben im Bau das größte Kraftwerk der Welt. Sie haben riesige Fabriken dort gebaut. Sie bauen Städte und Straßen, und sie treffen auch militärische Vorbereitungen. Die Gefahr, die Sowjetrußland vom Osten her droht, ist nicht nur evident, sondern sie wird auch von den Russen erkannt. Chruschtschow hat davon angefangen, als ich im Jahre 1955 mit ihm gesprochen habe. Dann habe ich drei Jahre später mit Mikojan²⁷ gesprochen, als er in Bonn war. Sie sagen sich ganz klar, 200 Millionen Russen stehen weit über 600 Millionen Chinesen gegenüber; da kann man nicht durchhalten, wenn man sich nicht stark macht. Ich spreche jetzt von Rußland.

Nun war neulich bei mir Herr Reston²⁸ von der „New York Times“. Sie werden ihn sicher kennen, denn er ist ein sehr bekannter amerikanischer Journalist. Er kam aus Paris und sprach mit mir über das Thema und sagte: „Teilen Sie die Ansicht von hohen französischen politischen Kreisen, daß Rußland ein irregeleiteter europäischer Bruder sei, dem man die Rückkehr offenhalten müsse?“ Ich habe Herrn Reston gesagt, diese Ansicht teile ich nicht. Ich bin davon überzeugt, daß Sowjetrußland, bevor es sich gegen Rotchina stellt, den Versuch machen wird, den europäischen Westen in seine Hände zu bekommen, namentlich die Bundesrepublik Deutschland, weil es dadurch gegenüber Rotchina viel stärker würde. Ich habe dem Herrn Reston gesagt, wir werden nach meiner Meinung eher diese Wende der sowjetischen Politik, die sich andeutet, erleben, und zwar Gott sei Dank, denn es ist unsere einzige Rettung. Sonst ist ganz Europa auf die Dauer verloren. Wenn man daran denkt, die Russen und die Chinesen gingen zusammen, was wollen wir armen Europäer dagegen machen? Ehe also Sowjetrußland diese Kehrtwendung machen wird, wird es zunächst einmal den Versuch unternehmen, Westeuropa an sich heranzuziehen, um stärker zu werden gegenüber Rotchina. Ich nehme an, in dieser Situation sind wir jetzt. Ich habe damals

26 In der Zeit vom 8. bis 17. September 1961 erschienen im „Le Figaro“ sieben bebilderte Artikel über die Arbeiten in der Sowjetunion mit dem Titel „La Sibérie Orientale, Asie des soviets, reportage de J. Jacquet-Francillon“.

27 Anastas Iwanowitsch Mikojan (1895–1978), 1955–1964 stv. Ministerpräsident, 1964–1965 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Staatsoberhaupt. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 111 Anm. 3.

28 In der Vorlage: Bresten. – James Barrett Reston (1909–1995), amerikanischer Journalist; 1939–1941 Mitarbeiter der „New York Times“ in London, 1941–1974 in Washington (1968 Chefredakteur in New York, 1969–1974 Vizepräsident der New York Times Company), 1974–1987 freier Journalist. – Das Gespräch mit Reston fand am 16. Dezember 1961 statt. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1961–1963 S. 60–71; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 137.

bei den Gesprächen mit Chruschtschow und Mikojan nicht daran gedacht, daß diese Entwicklung so schnell kommen werde. Ich habe vielmehr geglaubt, es würden noch zehn oder zwanzig Jahre darüber hinweggehen.

Diese Front Sowjetrußlands gegenüber Rotchina, die jetzt aufgebaut wird, ist viel schneller und früher gekommen. Aber das bringt uns zunächst keine Entlastung. Unsere Entlastung beruht nur auf der Einigkeit des Westens. Chruschtschow lebt davon – und jeder andere, der an seiner Stelle säße, hätte wohl die gleiche Hoffnung, die Chruschtschow überall verkündet hat –, daß eines Tages der kapitalistische Westen doch auseinanderfällt. Wenn das geschehen sollte, dann hat er allerdings bis auf weiteres gewonnenes Spiel. Das vornehmste Ziel unserer Politik ist und bleibt also nach meiner Meinung, die Einheit des Westens soweit wie möglich herbeizuführen. Das ist in großen Zügen die gegenwärtige Situation, wie sie mir erscheint. Sie sehen daraus, daß es eine ernste ist.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESPARTEI UND LANDESPARTEIEN

Lassen Sie mich nun zur Innenpolitik übergehen. In diesem Jahr finden vier Landtagswahlen bei uns statt, und zwar die erste am 8. Juli in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen umfaßt präter propter ein Drittel aller Wähler der Bundesrepublik. Am 23. September folgen die Wahlen in Schleswig-Holstein, dann kommen die Wahlen in Hessen und in Bayern. Das Ergebnis dieser Landtagswahlen wird maßgebend sein für den Verlauf der nächsten Bundestagswahl. Im Frühjahr des kommenden Jahres werden sich die Landtagswahlen von Niedersachsen und die Wahl von Berlin anschließen. Nun entsteht die Frage, haben wir unser Rüstzeug wirklich beisammen, um diese Landtagswahlen zu beginnen? Wir werden nachher einen Vortrag von Herrn Kraske darüber hören, der eine Analyse über die letzten Bundestagswahlen ausgearbeitet hat. Sie ist sehr interessant. Ich bin aber nicht in allen Punkten damit einverstanden, (*Röder*: Ich auch nicht!) namentlich nicht mit den Schlußfolgerungen. Ich bin da anderer Auffassung. Vor einiger Zeit war Herr Even, der Vorsitzende der Jungen Union, mit zwei seiner Herren bei mir.²⁹ Wir haben uns dabei sehr ausführlich über die Zukunft unserer Partei ausgesprochen. Interessant in dieser Wahlanalyse ist die Feststellung, daß Wähler, die an der ersten Bundestagswahl 1949 teilgenommen haben, jetzt nur noch zu einem Drittel oder Viertel gewählt haben. (*Even*: Ein Drittel, nicht mehr!)

Das ist für mich die eindrucksvollste Zahl gewesen. Wenn Sie zurückdenken, dann werden Sie sich erinnern, daß wir in den ersten Jahren unserer Tätigkeit völlig unter dem Leitgedanken der Abwehr gegen die Ideen des Nationalsozialismus standen, nämlich gegen die Diktatur, gegen die Unfreiheit usw. Das war unser tragender

²⁹ Antrittsbesuch des neuen Vorsitzenden der JU, Dr. Bert Even, am 12. Januar 1962 (TERMIN-KALENDER).

Leitgedanke. Und ich fürchte, daß das unsere heutige Jugend nicht mehr versteht, daß das die Lebensessenz für uns und unsere Partei ist. Sie versteht es deshalb nicht mehr, weil sie die Freiheit als etwas Selbstverständliches betrachtet, das man gar nicht zu verteidigen braucht. Auf diesem Gebiet werden wir also noch viel tun müssen, insbesondere in diesem Jahr mit seinen vier Landtagswahlen.

Nun kommen wir auf etwas, was in den letzten Tagen akuter geworden ist, nämlich die Frage „Dufhues“.³⁰ Lassen Sie mich sie ruhig so nennen. Ich möchte vorausschicken, an dem, was in der Presse stand, trage ich nicht die Verantwortung für einen einzigen Buchstaben. Ich habe nichts an die Presse gebracht. Herr Kollege Johnen war vor drei Wochen bei mir.³¹ (*Gradl*: Er war bei Ihnen?) Herr Gradl! Über Sie kommt noch ein Scherbengericht. Warten Sie ab! Vielleicht sagt Herr Johnen Ihnen das nachher selber am besten. Er kam im Auftrag von Ihnen, Herr Kollege Meyers, und hat auch mit Ihnen, Herr Krone, darüber gesprochen. Ich habe Herrn Dufhues wegen widriger Umstände – auch infolge meiner Grippe während der letzten 14 Tage – erst vorgestern sprechen können. Ich finde, die Vorschläge sind sehr gut. Man muß natürlich sehen, in welcher Form man das macht. Darüber wird wohl hier eine Aussprache sein. Ich habe gestern mit Herrn von Hassel darüber gesprochen. Er hat einen Gedanken entwickelt, der mir recht sympathisch war. Aber ich meine, wir sollten möglichst bald an die Arbeit gehen.

BUNDESPARTEITAG

Nun zum Parteitag! Es scheint so, als ob er nicht in Dortmund stattfinden kann.

Dufhues: Er kann nicht stattfinden in der Zeit vom 12. bis 15. Mai, wie er in Aussicht genommen worden war. Es findet in dieser Zeit eine große internationale Papierausstellung in Düsseldorf statt. Dafür sind heute schon sämtliche Hotels von Dortmund bis nach Frankfurt (Main) blockiert. Die Bestellungen sind leider nicht durch die Ausstellungsleitung in Düsseldorf vorgenommen worden, mit der man hätte sprechen können, sondern unmittelbar durch die Amerikaner, Japaner und sonstigen ausländischen Firmen. Es wird also kaum zu erreichen sein, daß die Amerikaner und Japaner die Hotels freigeben.

Es besteht aber die Möglichkeit, den Parteitag in Dortmund in der Zeit vom 2. bis 5. Juni durchzuführen. Diese Tage liegen für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen noch günstiger.

30 Dufhues war für den Posten eines Geschäftsführenden Vorsitzenden vorgesehen. Vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 714–716. – „Bonner Rundschau“ vom 6. Februar 1962 „Bundeskanzler billigt Parteireform der CDU. Wird Dufhues geschäftsführender Vorsitzender?“; FAZ vom 7. Februar 1962 „Dufhues soll Adenauer als Parteivorsitzenden entlasten“.

31 Am 16. Januar 1962 (TERMINKALENDER).

Adenauer: Ich wollte damit abschließen, daß wir darüber sprechen müssen, wann der Bundesparteitag stattfinden soll. Noch eines möchte ich betonen: Die Sozialdemokratie hält in Köln im Mai einen sehr großen Parteitag ab. Ob sie damals wegen der Hotelbestellungen usw. klüger waren als wir, weiß ich nicht. Nach dem Programm, das die Sozialdemokraten vorgesehen haben, wird das eine imposante und eindrucksvolle Sache werden, auch für die Landtagswahl. Wie weit die Sozialdemokraten gehen, sehen Sie an folgendem: Sie haben die Bischöfe, wenn ich recht unterrichtet bin, um Material ersucht, das sie ausstellen wollen über die katholische Arbeiterbewegung. Sie wollen eine große Ausstellung über die katholische Arbeiterbewegung machen und von den Bischöfen Material dafür haben, (*Krone:* Vom Zentral-Komitee der Katholiken Deutschlands!) oder vom Zentral-Komitee der Katholiken Deutschlands. Sie sehen also, daß dieser Parteitag der SPD eine große Kundgebung wird, die sehr gefährlich für uns werden kann. Darüber müssen Sie sich klar sein.

*Rehling*³²: Ich möchte darauf aufmerksam machen, Herr Bundeskanzler, daß die SPD-Zeitungen dazu übergehen, überall da, wo sie erscheinen, den evangelischen Pfarrern jeweils am Samstag eine Spalte für ein „Wort zum Sonntag“ zur Verfügung zu stellen. Dieses Anerbieten an die evangelischen Pfarrer, eine Andacht über einen Wochenspruch zu schreiben, gehört mit zu dem permanenten Wahlkampf der SPD. Sie sind jetzt an meinen Mann herangetreten. Wir haben bald 200.000 Einwohner in Hagen. Dort wollen sie eine Sondernummer herausgeben. Sie haben meinen Mann gebeten, die Sache vertraulich zu behandeln. Er soll einen Artikel schreiben über die Entwicklung der evangelischen Kirchengemeinde in Hagen. Es gehört einiges Geschick dazu, das von meinem Mann wegzubringen und irgendeinem anderen zuzuschancen. Das wäre doch für die die Masche, wenn mein Mann in der „Westfälischen Rundschau“ diesen Artikel schriebe. Wäre die „Westfalen-Post“ wach gewesen und eher gekommen – aber so ist keine Möglichkeit mehr, der „Westfalen-Post“ zu sagen, sage das und das, dann können wir sagen, nein. Man will den Artikel honorieren. Mein Mann will aber schreiben, er sähe sich nicht in der Lage, als Superintendent einen Artikel gegen Honorar zu schreiben. Er werde es an jemand anderes abgeben. (*Dufhues:* Er kann den Artikel als Mitglied des Kreisvorstandes der CDU schreiben.)

Adenauer: Das paßt in das gezeichnete Bild. Die Sozialdemokratie ist im Vormarsch in Gebieten, in denen sie früher keine Anhänger hatte. Ich meine damit in Schichten, nicht örtliche Gebiete, in denen sie früher keine Anhänger hatte, ohne nennenswert zu verlieren. Das ist eine sehr ernste Situation. Deshalb kann ich nur noch einmal wiederholen, die Landtagswahlen müssen auch von der Bundespartei aus mächtig unterstützt werden, damit wir da nicht scheitern.

32 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 76 Anm. 11.

Von Hassel: Dürfen wir zunächst nur über den Parteitag sprechen und über die Fragen, die damit zusammenhängen? Vielleicht kann Herr Dr. Kraske etwas über die Unterkunft, die Räumlichkeiten, den Termin usw. in Dortmund sagen.

Kraske: Die Hallenleitung in Dortmund hat uns zunächst eine Halle angeboten, die zu groß war und deshalb verkleinert werden mußte. Sie hat aber dann diese Zusage widerrufen und erklärt, diese Halle komme nicht in Frage. Die Halle, die sie nun zur Verfügung gestellt hat, bietet Platz für maximal 1.400 Personen, aber, wie ich glaube, eher für 1.200 bis 1.250. Zum Vergleich darf ich anführen, daß an dem Parteitag in Köln im vorigen Jahr im Durchschnitt täglich 1.850 Delegierte teilgenommen haben, dazu kamen 400 Gäste und Journalisten. Insgesamt waren es also 2.250 Personen.

Die Platzbeschränkung in der jetzt in Dortmund angebotenen Halle würde bedeuten, daß an unserem Parteitag außer den stimmberechtigten Delegierten und den Pressevertretern etwa nur 200 bis 250 Gäste oder nicht stimmberechtigte Delegierte teilnehmen könnten. Dabei ist zu sagen, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Mehrzahl der Mitglieder des Parteiausschusses und der Bundestagsfraktion nicht stimmberechtigte Delegierte sind, so daß diese 200 bis 250 eigentlich schon auf diese unmittelbar zur Partei gehörenden Teilnehmer entfallen und für die große Zahl der sonstigen aus den Kreisen der Landesverbände kommenden nicht stimmberechtigten Delegierten, die auf eigene Kosten am Parteitag teilnehmen wollen, kein Platz mehr wäre.

Alles in allem würde gegenüber dem zahlenmäßigen Umfang unserer Parteitage während der letzten acht Jahre eine Reduktion um etwa 30 bis 40 % nötig sein. Das ist also das Problem, über das man sich klar werden muß, wenn man die Halle in Dortmund benutzen will.

Meyers: Ich war vorher auch nicht dafür, daß der Parteitag in Nordrhein-Westfalen stattfinden soll. Wir haben ja hier die Kontroverse mit Herrn Albers deswegen gehabt.³³ In der Zwischenzeit hat sich aber die Situation geändert. Nachdem jetzt die großen Parteien ihren Parteitag in Nordrhein-Westfalen halten, wäre es ein Unglück für die Landtagswahl, wenn es hieße, die CDU ist nicht in der Lage, für ihren Parteitag eine Halle zu bekommen; denn die SPD hat sie ausmanövriert. Das wäre also psychologisch der unglücklichste Effekt, den wir erzielen könnten.

Nun ist es richtig, was Herr Kraske über die Zahlen gesagt hat. Trotzdem bin ich der Ansicht, es wäre vielleicht gar nicht übel, wenn wir einmal die Teilnehmerzahl von dem ständig herumstreunenden nicht stimmberechtigten Delegierten, die im Restaurant sitzen oder auch sonst viel Unruhe verursachen, auf ein Minimum reduzieren, um somit eine wirkliche Arbeitstagung mit einer geschlossenen Führung durchzuführen. Die letzten Parteitage haben teilweise darunter gelitten, daß wir in irrsinnig großen Hallen tagten, in denen zum großen Teil die Lautsprecheranlage nicht klappte, so daß viele Teilnehmer, insbesondere auch Journalisten, kaum etwas verstehen konnten. Infolgedessen gab es auch keine geschlossene und einheitliche

33 Vgl. Nr. 2 S. 94 f.

kampfesfreudige Stimmung. Diese müssen wir aber erzielen, wenn wir Schwung in den Parteitag bringen wollen.

Auch der Umstand, daß wir diesen Parteitag zeitlich etwas näher an die Landtagswahl heranbringen, wäre ein Vorteil. Wir könnten dann in einem Resümee zu den Parteitagen der anderen Parteien Stellung nehmen und sagen: Das hat die FDP gemacht und das hat die SPD gemacht. Wir könnten also unsere ganze Taktik darauf abstellen. Außerdem wären wir die Sorge los, daß ein verfrühter Parteitag hinsichtlich der Landtagswahlen verpufft. Wir könnten die gesammelte Kraft der Bundes-CDU einsetzen. Wir sollten also alles daransetzen, nachdem es soweit gediehen ist, um auch hier zum Zuge zu kommen. Ich würde deshalb vorschlagen, den Parteitag vom 2. bis 5. Juni in Dortmund abzuhalten, selbst wenn es in die Pfingstwoche hineingeht. Wir müssen von den Mitgliedern verlangen, wenn wir überhaupt die Partei straffen wollen, daß sie dieses Opfer bringen.

Dufhues: Es stehen ausreichende Nebenräume zur Verfügung sowohl für den Bundesvorstand wie für den Parteiausschuß, auch genügend Arbeitsräume für die Journalisten. In den Kellergeschossen ist auch genügend Platz für alle möglichen technischen Apparaturen. Die einzige Frage ist die der Unterbringung der Parteitagsteilnehmer. Ich schätze die Zahl der unterzubringenden Teilnehmer auf etwa 1.300. Ich habe mir die beiden Säle – wovon der größere nicht zur Verfügung steht – angesehen, und ich muß sagen, ich würde dringend raten, den kleineren Saal zu nehmen. Dann kann zwar ein Teil unseres Fußvolkes nicht teilnehmen, aber wir bekommen einen Saal, der eine gewisse Wärme und Atmosphäre ausströmt, der mit Holz – nicht mit Beton und Zement – ausgestattet ist und in den auch ein Bodenbelag hineingelegt wird. Der Saal hat eine ausgezeichnete Akustik. Jeder, der Versammlungen abhält, weiß, daß man mit einem solchen Saal die Masse beeinflussen kann, wenn man überhaupt das Instrument der Massenbeeinflussung beherrscht. In großen Hallen jedoch geht diese Wirkung und damit die Konzentration, die ein Parteitag braucht, verloren. Deshalb neige ich dazu, trotz der Bedenken, die sich hier ergeben könnten, diese Möglichkeit ins Auge zu fassen. Ich muß darauf hinweisen, daß wir nicht die Möglichkeit haben, dort 2.000 Menschen unterzubringen. Diese Frage muß vom Bundesvorstand entschieden werden. Um der Intensität des Verhandlungsablaufes und der Beherrschung dieses Parteitages scheint mir die Wahl eines derartigen Raumes sinnvoller als eines großen Saales zu sein.

Adenauer: Zunächst darf ich Ihnen der Vollständigkeit halber mitteilen, daß Herr Blumenfeld bittet, den Parteitag in Hamburg abzuhalten. (*Röder:* Mit Herrn Bucerius!) Wir wollen jetzt nicht abweichen. Das ist ein ernstes Thema. Ich glaube, wir müssen den Parteitag in Nordrhein-Westfalen abhalten. (*Mehrere Zurufe:* Ja!) Es kommt noch Wiesbaden in Frage. Wir sollten aber noch genügend Zeit vor der Wahl lassen. Wir wollen auch auf dem Parteitag eine Antwort auf den sozialdemokratischen Parteitag in Köln geben. Ich habe wegen dieses SPD-Parteitages in Köln wirklich Sorgen. Wenn wir aber wollen, daß der Parteitag erstens in Nordrhein-Westfalen und zweitens vor den Landtagswahlen stattfinden soll, dann können wir gar nicht anders, als den

Vorschlag zu akzeptieren, wie er eben unterbreitet worden ist. Es bleibt uns ja nichts anderes übrig. Wir können nicht warten bis nach Pfingsten. Man muß eben aus allen Blüten Honig saugen.

Sie haben von der Wärme und der Atmosphäre gesprochen. Das ist richtig. Und es ist gut, wenn die Wärme auf die Journalisten, auf den Rundfunk und das Fernsehen ausstrahlt. Auf der anderen Seite werden Sie dann auch Kommentare bei der SPD lesen: Wir haben unseren Parteitag in Köln, aber seht, wohin die CDU sich zurückgezogen hat, in einen Saal, der nur soundsoviel Menschen faßt. – Das ist also eine sehr schwere Entscheidung. (*Schröder übergibt dem Bundeskanzler ein Schreiben.*) Entschuldigen Sie bitte einen Augenblick. Es ist eine sehr wichtige außenpolitische Entscheidung zu treffen. – (*Burgbacher:* Wäre es nicht möglich, anläßlich des Parteitages eine große öffentliche Versammlung durchzuführen?) Das nehme ich ohne weiteres an. (*Meyers:* In der großen Westfalenhalle!) Es ist die Frage, ob wir die kriegen. (*Dufhues:* Sie ist nur Samstag besetzt durch eine Boxveranstaltung. Aber sonntags, montags und dienstags ist die Halle frei. Es ist vielleicht gut, wenn wir am Schluß diese Veranstaltung durchführen.) Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Wenn wir eine große Schlußkundgebung in der großen Westfalenhalle abhalten können, dann können wir für den Parteitag ruhig einen kleinen Saal nehmen. Das ist meine Meinung. (*Dufhues:* Das würde bedeuten, einen Betrag von etwa DM 150.000,- zur Verfügung zu stellen für die Massenkundgebung.)

Ich möchte folgendes sagen: Ich habe eben in meinem Rechenschaftsbericht nichts über die Finanzen der Partei gesagt, weil ich mich schäme. Ich habe keinen anderen Ausdruck dafür. Ich schäme mich, daß eine so große Partei, die jetzt zwölf Jahre lang die Verantwortung hat, finanziell derart schlecht gestellt ist, wie wir gestellt sind. Aber das nur nebenbei! Es gibt ein altes Sprichwort; Herr Burgbacher, Sie sind Schatzmeister, ich weiß nicht, ob Sie das kennen: Wenn der Teufel den Tubak holt, dann kann er auch die Pief holle. (*Heiterkeit.*)

*Stoltenberg*³⁴: Herr Bundeskanzler, Sie sollten etwas über die Frage der Führungsprobleme sagen, um die Diskussion im Bundesvorstand vorzubereiten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dazu etwas Ergänzendes sagen könnten.

Adenauer: Können wir dann das Thema Parteitag abschließen? (*Dufhues:* Die Freiheit müssen wir haben, den Parteitag entweder vom 2. bis 5. oder vom 3. bis 6. Juni abzuhalten.) Sind Sie damit einverstanden, daß wir diese Freiheit lassen und die Schlußkundgebung in der großen Halle machen? (*Zurufe:* Ja!)

Kraske: Ich würde vorschlagen, den Parteitag nur am Wochenende, nicht aber mitten in der Woche abzuhalten.

Adenauer: Das wollen wir den Herren überlassen. Damit können wir dieses Thema des Bundesparteitages in Dortmund als erledigt betrachten.

34 Dr. Gerhard Stoltenberg (geb. 1928), 1955–1961 Vorsitzender der JU, 1957–1971 und 1983–1998 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 50 Anm. 12. Memoiren: Wendepunkte – Stationen deutscher Politik 1947–1990. Berlin 1997.

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSITZENDER

Herr Stoltenberg wünscht mit Recht, über das Führungsproblem etwas zu hören. Ich möchte aber lieber, daß andere für mich sprechen. Ich kann nur sagen, daß ich in den Gesprächen mit Herrn Johnen und Herrn Dufhues übereingestimmt habe. Es wäre mir lieber, von Herrn Krone etwas darüber zu hören.

Krone: Ich vertrete die Meinung, daß Überlegungen, wie sie in den „Ruhr-Nachrichten“ standen, auf dem Parteitag in Dortmund einen neuen Parteivorsitzenden zu wählen, der nicht mehr Konrad Adenauer heißt, falsch und politisch töricht sind.³⁵ Das kann überhaupt nicht in Frage kommen. Dieser Artikel ist nicht geschrieben worden im Einvernehmen mit Herrn Kollegen Dufhues, (*Dufhues:* Ich habe nichts davon gewußt!) sondern geschrieben worden von Herrn Schmelzer³⁶, der so etwas gehört hat, wie er sagt. Woher er das gehört haben will, das weiß ich nicht. Auf der anderen Seite überlegt der Bundeskanzler auch in Gesprächen, was er selber tun soll. Wir sollten uns von der Partei aus auf diese Dinge vorbereiten.

Nun kommt ein Zweites hinzu, daß nämlich auch in den Kreisen der Partei Dinge hochgekommen sind – ich will keine Namen nennen –, schon im Mai diese Frage des neuen Parteivorsitzenden zu lösen. Diese Frage muß m.E. mit dem Parteivorsitzenden, dem Herrn Bundeskanzler, besprochen und gelöst werden. Das ist das eine.

Das Zweite ist folgendes: In Nordrhein-Westfalen sind Gespräche geführt worden, von denen Herr Kollege Johnen dem Herrn Bundeskanzler Mitteilung gemacht hat. Wie ich höre, will er es selber sagen. Ich nehme nichts vorweg, wenn ich sage, sie laufen dahin, daß aus Nordrhein-Westfalen der neue Parteivorsitzende kommen soll, also aus dem größten Land der Bundesrepublik. Sie laufen weiter dahin, daß der jetzige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Dufhues, in Zukunft kein Ministeramt annehmen soll. (*Adenauer:* In Nordrhein-Westfalen!) Die Überlegungen gehen dahin, daß man Herrn Dufhues schon jetzt mit diesen Funktionen betrauen soll, um es dann durch den Parteitag in Dortmund zu realisieren mit einem Beschluß. Wie die Aussichten sind, darüber kann noch nichts gesagt werden. Es sind Überlegungen, die wir jetzt hier anstellen müssen. Auszuscheiden scheint mir der Gedanke eines Generalsekretärs, soweit ich das sehe. Das ist ein Wort, das nicht in unsere Gedankenwelt paßt. Das Wort „Generalsekretär“ gehört zur romanischen Gedankenwelt. Ich denke z. B. an Herrn Fanfani. Aber das paßt nicht in unsere Gedankenwelt.

Die Überlegungen von Herrn Barzel halte ich für falsch. Ich habe das Herrn Barzel auch sehr deutlich gesagt. Es geht also darauf hinaus, daß man auf dem Parteitag in Dortmund neben den vier stellvertretenden Vorsitzenden einen weiteren Vorsitzenden beauftragt, der gewisse vorbereitende Arbeiten leisten soll. Hier gibt es noch Spannungen hinsichtlich der Funktionen der vier stellvertretenden Vorsitzenden.

35 „Ruhr-Nachrichten“ vom 7. Februar 1962 „In Vorsorge“.

36 Robert Schmelzer (1914–1996), 1950 bis 1967 Chefredakteur der „Ruhr-Nachrichten“, 1967–1979 der „Frankfurter Neuen Presse“, 1980–1987 Herausgeber der „Westfalenpost“.

Sie sind noch nicht überlegt worden im Kreise eines Gremiums, auch noch nicht mit den Landesvorsitzenden. Ich kann mir denken, daß es einige Überlegungen und Spannungen in den norddeutschen Landesverbänden gibt. Die müssen mal besprochen werden. Aber ich möchte annehmen, daß wir eine Form finden können, die die Wünsche erfüllt, die Partei zu aktivieren und jemanden mit dieser Aufgabe zu beauftragen.

Adenauer: Darf ich einige Ergänzungen machen. Wir hatten früher drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, die Herren Meyers, Kiesinger und Wuermeling. (*Meyers:* Ich bin für Herrn Wuermeling gekommen. Schröder, Kiesinger und ich waren es zuletzt.) Also wir hatten drei. Dann haben wir in Karlsruhe eine Änderung vorgenommen und einen engeren Vorstand gewählt, der jetzt hier versammelt ist und aus 24 Mitgliedern besteht.³⁷ Man hatte damals in Karlsruhe gleichzeitig diesen engeren Vorstand in kleinere Gruppen aufgeteilt. Diese kleineren Gruppen sollen sich verschiedenen Aufgaben widmen, z. B. den Frauenfragen, den Arbeitnehmerfragen usw. Das war alles gut geplant, aber es ist dann später unter den Tisch gefallen und nicht mehr weiter davon gesprochen worden.

Wir haben also jetzt folgende Situation: den 1. Vorsitzenden, vier Stellvertreter, und zwar Meyers, Blank, Krone und von Hassel, dann kommen die übrigen Herren, die hier zum größten Teil anwesend sind. Ich kann nicht sagen, daß sich diese Organisation bewährt hat. Von den stellvertretenden Vorsitzenden – ich bitte sowohl Herrn Krone wie auch Herrn Blank, mir das nicht übel zu nehmen; Herr Gerstenmaier ist nicht anwesend, ich brauche ihn also nicht zu bitten – hat sich der Sache in besonderem Maße eigentlich nur Herr von Hassel gewidmet. Die anderen Herren konnten es einfach nicht. Herr Blank hat ein sehr großes und wichtiges Bundesministerium zu verwalten. Herr Krone war Vorsitzender dieser großen Bundestagsfraktion und hatte als solcher weiß Gott mehr als genug zu tun. Herr von Hassel hat sehr fleißig mitgearbeitet. Daß der Vorsitzende, wenn er Bundeskanzler ist, überhaupt ausfällt, namentlich in dieser Zeit, abgesehen von ganz wichtigen Entscheidungen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Nun unterscheide ich mich in einem vom Vortrag des Herrn Krone. Ich halte es für notwendig, daß eine sehr oft in Bonn anwesende Persönlichkeit sich mit einem sehr erheblichen Teil ihrer Arbeitskraft den Dingen der Partei widmet. Nun kam Herr Johnen zu mir und sagte – ich darf das wohl wiedergeben, Herr Johnen –, daß eine Vereinbarung getroffen sei zwischen den Herren Meyers und Dufhues, wonach Herr Meyers – wenn die CDU im nächsten nordrhein-westfälischen Kabinett den Ministerpräsidenten stellen wird – Ministerpräsident werden solle. Herr Dufhues werde aber dem Kabinett nicht angehören, so daß die Arbeitskraft des Herrn Dufhues zu einem erheblichen Teil frei sei. Herr Dufhues hatte vorher einmal mit dem Herrn

37 Ihm gehörten an der Vorsitzende und seine Stellvertreter sowie 16 weitere vom Vorstand ausgewählte Mitglieder (vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 199).

Kollegen Krone darüber gesprochen und ihm gesagt, daß er an der Arbeit für die Partei interessiert sei.

Worin unterscheide ich mich nun von dem, was Herr Krone gesagt hat? Ich sage das in aller Offenheit. Ich bin nicht der Auffassung, daß Herr Dufhues, wenn er jetzt diesen Auftrag bekommt, damit auch gewählt ist als mein Nachfolger! (*Bewegung. – Dufhues:* Das ist ein Mißverständnis, Herr Bundeskanzler, daß das damit verbunden sein soll.) Herr Krone! Sie haben das doch eben gesagt! Es liegt mir daran, das zu klären. (*Krone:* Ich habe das abgewertet, was man über Herrn Dufhues gesagt hat. – *Dufhues:* Ich habe ausdrücklich gesagt, darum geht es nicht.) Lassen Sie mich fortfahren. Das wird nach meiner Meinung davon abhängig sein, wie sich Herr Dufhues, falls er den Auftrag bekommt, bewähren wird. (*Dufhues:* Das ist absolut richtig.)

Ich habe gestern mit Herrn von Hassel gesprochen und ihm gesagt, die Frage, wer mein Nachfolger wird, kann ich weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Das wird davon abhängig, wie sich Herr Dufhues entwickelt. Ich möchte betonen, daß weder Herr Johnen noch Herr Dufhues in den Gesprächen, die wir gehabt haben, das irgendwie haben durchklingen lassen. Das einzige, was Herr Johnen sagte, war folgendes: Nordrhein-Westfalen glaubt, weil es ein Drittel der gesamten Wähler der Bundesrepublik umfaßt, einen gewissen Anspruch auf dieses Amt zu haben.

Wann ich ausscheiden werde als Vorsitzender der Partei, das kann ich Ihnen jetzt mit dem besten Willen nicht sagen. Das mache ich abhängig von der ganzen Konstellation der Partei, vor allem von dem Interesse der Partei. Ich sage mir aber ebenso offen, daß, wenn ich jetzt als Vorsitzender der Partei ausscheide, dies für die Partei nicht werbend wirken würde. Ich will mich damit sehr vorsichtig ausdrücken. Da bei der Wahl eines Nachfolgers auch gewisse Strömungen sichtbar werden, sollte man an die Wahl eines Nachfolgers eigentlich nur denken in einer parteipolitisch relativ ruhigen Epoche, das heißt, wenn man einige Wahlen gewonnen hat, nicht vorher, weil man sonst alles durcheinander wirft. Das also möchte ich, Herr Stoltenberg, auf Ihre Anregung noch hinzufügen.

Von Brentano: Ich möchte die Gelegenheit zu einer Frage benutzen, die niemand mißverstehen wird, aber eine Frage, der man tatsächlich begegnen soll. Man sagte mir, daß dem Vorschlag, den wir in der Zeitung gelesen haben, Gespräche vorangegangen seien zwischen Herrn Scheufelen und Herrn Horten³⁸, einem Mitglied der FDP, der den Wahlkampf der FDP mitfinanziert hat. Ich stelle die Frage, ob diese Information richtig ist. (*Burgbacher:* Strauß und Mende wissen davon, aber wir nicht.)

Adenauer: Herr von Brentano hat mich das gestern auch gefragt. Es handelt sich nicht um die Frage Strauß : Mende, die damals eine Rolle gespielt hat³⁹,

38 Helmut Horten (1909–1987), Unternehmer; Gründer der Helmut Horten GmbH, 1947–1948 Inhaftierung im Internierungslager Recklinghausen.

39 Mende und Strauß hatten sich am 10. Juli und am 18. September 1961 im Hause Hortens getroffen (vgl. FDP-Bundesvorstand S. 71 Anm. 8 und S. 130 Anm. 179).

sondern darum, ob bei dem Vorschlag Dufhues der Herr Horten mitgewirkt hat. (*Von Brentano*: Ich weiß authentisch, daß darüber Gespräche zwischen Scheufelen und Horten stattgefunden haben. – *Johnen*: Was zwischen Scheufelen und Horten ist, weiß ich nicht. Ich habe nie gewußt, daß die sich kennen.)

Dufhues: Herr von Brentano, Sie können völlig ruhig sein. Nach dieser etwas merkwürdigen Unterhaltung im Hause Horten rief mich Herr Scheufelen eines Tages an, (*von Brentano*: Neuerdings?) vor etwa drei Wochen. (*Von Brentano*: Das waren Strauß, Mende und Scheufelen!) Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur das, was Sie auch wissen. Horten fühlte sich in einer sehr unglücklichen Situation und erklärte, er sei gern bereit, mit seinen Mitteln die Einrichtungen und Aufgaben der CDU zu unterstützen. Aber er habe den Eindruck, daß er dadurch, weil er sein Haus zur Verfügung gestellt habe, Persona ingratis bei der CDU geworden sei. Das könne sich nachteilig auswirken in seiner Bereitschaft, die Arbeit der CDU da und dort zu fördern – was er unstreitig getan hat. Er fragte, ob ich bereit sei, um diesen Komplex zu beseitigen, einer Einladung in das Haus Horten, und zwar mit Herrn Scheufelen zusammen, zu folgen. An dem Gespräch haben noch zwei Leute teilgenommen. Da ging es ausschließlich darum, daß diese Dinge vom Standpunkt des Herrn Horten aus bereinigt wurden. Das war also Gegenstand dieses Gespräches, das jetzt in völlig anderer Form kolportiert wird.

Krone: Es ist gut, daß Herr von Brentano diese Frage gestellt hat. Sie ist notwendigerweise gestellt worden, denn bei unseren Überlegungen und einem späteren Beschluß wäre das eine schwere Kritik gewesen. Das muß also ganz deutlich gesagt werden. Herr Horten soll gesagt haben, er sei immer für den Bundeskanzler. (*Adenauer*: Ich kenne Herrn Horten nicht.) Ich habe auch nicht die Absicht, Herrn Scheufelen zu nennen. Herr Scheufelen gehört zu denen, die auf alle Fälle in Dortmund einen neuen Parteivorsitzenden in der Person des Herrn Dufhues gewählt wissen wollen. Aus diesem ganzen Zusammenhang sind nun irreführende Informationen entstanden. (*Dufhues*: Dann hätte man mich doch nicht zu verdächtigen brauchen, sondern anrufen und fragen können. Warum haben Sie mich nicht angerufen?) Herr Dufhues, ich habe keinen Verdacht gehabt. (*Von Brentano*: Ich habe das gestern gehört und den Herrn Bundeskanzler gefragt. Dasselbe habe ich auch hier noch einmal gefragt. – *Johnen*: Ich habe das jetzt erst gehört. – *Von Brentano*: Man sollte auch Herrn Scheufelen fragen, bevor wir in das Plenum des Bundesvorstandes gehen. – *Anhaltende Unruhe und Bewegung*. – *Dufhues*: Die Einladung Scheufelens – das ist der Sinn des Geschäftes gewesen; denn ich kann nicht in der reinen Sphäre der Politik leben, ich muß auch für Geld sorgen. – *Anhaltende Unruhe*.)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Nun wollen wir die Sache endlich regeln. Ich darf feststellen, daß auf diesen von Nordrhein-Westfalen ausgehenden Vorschlag, der Herr Johnen mir im Namen der drei Herren mitgeteilt hat, (*Johnen*: Des Landesvorstandes!) Herr Horten nicht den geringsten Einfluß gehabt hat. (*Zuruf*: Herr Scheufelen!) Dann müssen wir Herrn Scheufelen fragen.

Erhard: Herr Scheufelen hat mir bereits im September vorigen Jahres in einem

ganz anderen Zusammenhang gesagt, daß die Vorstände der Landesverbände die Frage bereits diskutiert hätten und daß seinerzeit schon im September der Name Dufhues auf den Schild gehoben worden sei. Herr Scheufelen hat das schon als seine Meinung vor irgendwelchen anderen Zusammenkünften zum Ausdruck gebracht. Das muß ich zur Ehrenrettung von Herrn Dufhues sagen.

Adenauer: Können wir jetzt die Horten-Sache abschließen?

Even: Wir können nicht auf der Grundlage eines dubiosen Gerüchts, wie hier verfahren worden ist, diese wichtige Frage der Kräftigung unserer Parteiführung behandeln. Ich bin Herrn Erhard dafür dankbar, daß er darauf hingewiesen hat, daß diese Gespräche schon seit Monaten im Gange sind. Ich weiß auch, daß bereits im vorigen Herbst Überlegungen stattgefunden haben, wie man den wachsenden Forderungen, die auf unsere Partei zukommen, gewachsen sein könne. Wir stehen dabei vor der sachlichen Notwendigkeit, daß sich die Partei den immer größer werdenden Schwierigkeiten anpassen muß. Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzler sind ein weiteres Argument dafür, daß wir mit besonderen Schwierigkeiten in der Außenpolitik und in der Innenpolitik sowie in den Auseinandersetzungen mit den Parteien werden rechnen müssen.

Wir werden aber nicht nur einen verschärften Kampf gegen die SPD und die FDP zu führen haben, sondern es wird auch dringend erforderlich sein, daß die CDU in sich viel geschlossener als bisher sein muß, insbesondere was die Koordinierung von Bund und Ländern anbetrifft, damit wir Ereignisse, wie sie sich in dem Fernsehstreit entwickelt haben, nicht noch einmal erleben. Ich erinnere an die Frage der Notstandsgesetzgebung, an die Probleme des neuen Finanzausgleiches, alles Fragen, die unter Umständen wieder die föderalistische Struktur unserer Partei berühren.

Wir haben auf der anderen Seite gehört, daß die bisherige Konstruktion der Parteispitze diesen wachsenden Belastungen wahrscheinlich nicht gewachsen sein wird. Das gilt sowohl für den Herrn Bundeskanzler wie auch für die vier stellvertretenden Vorsitzenden. Es ist nach meiner Meinung unzumutbar, daß die Herren alle diese Aufgaben in die Hand nehmen, die uns in den nächsten Monaten und Jahren gestellt werden. Deshalb bin ich der Meinung, daß eine Persönlichkeit, die weitestgehend von öffentlichen Ämtern freigestellt ist, mit dieser Aufgabe betraut werden soll.

Ich darf offen sagen, daß sich der Deutschlandrat der Jungen Union in seiner Sitzung zu Berlin⁴⁰ in einer vertraulichen Abstimmung dazu geäußert hat. Es wird auch auf der ganzen Basis unseres Parteivolkes auf dem Parteitag eine derartige Reform der Parteispitze erwartet. Ich glaube auch, daß es zur besseren Attraktivität der Union beitrüge und daß die Strahlungskraft der Union auf Wählerschichten, die wir vor einigen Monaten verloren haben, positiv wirken würde, wenn wir in der Parteispitze eine solche Kräftigung der Partei vornähmen. Daß dies natürlich nur ein Punkt sein

⁴⁰ Am 20./21. Januar 1962. Protokoll nicht vorhanden; Zeitungsausschnitte in ACDP IV-007-044/3.

kann, sei am Rande vermerkt. Daß weitere Maßnahmen folgen müssen, scheint mir für alle Beteiligten klar zu sein.

Wir sollten uns darauf konzentrieren, daß wir in der Tat so etwas wie einen geschäftsführenden Vorsitzenden benötigen. Ich meine aber, daß dieser geschäftsführende Vorsitzende nur unter folgenden Voraussetzungen tätig sein kann:

1. daß man ihm die nötigen Vollmachten gibt, um tatsächlich auch – beispielsweise bei der Verhinderung des 1. Vorsitzenden – den Bundesvorstand einzuberufen und auch die Sitzung durchführen zu können;
2. muß er in der Lage sein, nach Abstimmung mit den führenden Leuten der Partei, Erklärungen für die Partei abzugeben, wodurch das Gewicht der CDU in der parteipolitischen Auseinandersetzung etwas stärker zum Ausdruck kommt, als das im Augenblick geschehen kann wegen der Personalunion des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden. Der Bundeskanzler muß in seiner Eigenschaft als Kanzler anders sprechen, als er als Parteivorsitzender sprechen könnte;
3. müßten diese ganzen Funktionen in der Satzung verankert werden. Ich warne davor, nur eine Absprache zu treffen und zu sagen, jetzt soll der Herr Dufhues das mal machen. Wenn wir wirklich auf breiter Linie einen Effekt erreichen wollen, dann müssen wir diese Sache in der Satzung festlegen, weil es sonst zu Reibereien kommen wird, insbesondere auch im Verhältnis dieses geschäftsführenden Vorsitzenden zu den stellvertretenden Vorsitzenden. Und das sollte man von vornherein ausschließen. Wir sollten uns also im Grundsatz darauf einigen und uns darüber unterhalten, wie man zweckmäßigerweise diese Angelegenheit durch eine Satzungsänderung oder Satzungsergänzung regeln kann.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist schon 11 Uhr vorbei. Der übrige Teil des Bundesvorstandes ist schon drüben versammelt.

*Dichtel*⁴¹: Es ist von Herrn Scheufelen gesprochen worden. Man muß mindestens ihn einmal selber hören. Ich bin der Meinung, daß die Darstellung in der Form, wie sie hier gegeben worden ist, nicht zutrifft. Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat bereits darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Landesverbänden im Herbst des vergangenen Jahres diese Angelegenheit besprochen worden sei. Es ging darum, wie die Parteiarbeit aktiviert werden kann. Zu den Landesverbänden, die eine Aktivierung unserer Parteiarbeit wünschen, gehört auch Baden-Württemberg, Herr Bundeskanzler. Deswegen möchte ich Ihnen in jeder Form, die tragbar ist, eine Entlastung geben, ohne Sie irgendwie im geringsten zu beeinträchtigen. Es muß eine Form sein, die zu einer Aktivierung der Parteiarbeit führt. Es ist keine Spitze gegen den Herrn Bundeskanzler, aber es ist offensichtlich, Sie können nicht die Arbeit, die früher von einigen Herren geleistet wurde, alleine leisten. Diese stellvertretenden Vorsitzenden dürfen nicht weiter nur eine Dekoration sein. Wir haben Dekoration genug. Ich bin der Meinung, bestimmte Herren können diese Tätigkeit nicht ausüben, wenn sie durch

41 Anton Dichtel (1901–1978), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden. Vgl. PROTOKOLLE I S. 4 Anm. 18.

andere Ämter belastet werden. Wir benötigen also nicht eine Bonner Dekorationsfigur, sondern einen Mann, der in der Lage ist, die Arbeit zu machen.

Es wäre gegen Herrn Dufhues nichts einzuwenden. Aber die Begründung, mit der heute hier operiert worden ist, möchte ich in aller Freundschaft zurückweisen. Natürlich wissen wir als kleine Leute, was sich Nordrhein-Westfalen gegenüber gehört; aber zu sagen, wir haben ein Drittel der Wähler, infolgedessen ist es ein ungeschriebenes Gesetz, diesen Mann zu stellen, das können wir in dieser Formulierung jedenfalls nicht akzeptieren. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Herr Dufhues! Das geht nicht gegen Sie, aber wir wollen von vornherein klare Verhältnisse schaffen.

Adenauer: Ich stimme mit Ihren Ausführungen überein, Herr Dichtel. Ich erblicke auch keine Beeinträchtigung darin, sondern im Gegenteil, ich freue mich darüber, wenn die Spitze verstärkt wird. Ich habe bereits ausgeführt, die Wahl im Jahre 1965 kann entscheidend werden für das Schicksal der gesamten CDU. Deshalb können wir nicht früh genug anfangen.

Von Hassel: Ich habe gestern abend dem Herrn Bundeskanzler gesagt, daß nach meinem Dafürhalten der Nachfolger des Bundesparteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer ein Katholik sein müsse. Das möchte ich als Evangelischer von vornherein sagen. Ich nehme an, daß in dieser Richtung auch die Überlegungen von evangelischer Seite ausgehen. Das möchte ich sagen, damit es nicht falsch ausgelegt wird. (*Unruhe und Bewegung*.) Zweitens möchte ich Herrn Dichtel sagen, unter uns sind – ich habe einmal gezählt – acht Herren, die sich seinerzeit in der Landesvorsitzendenkonferenz um die Aktivierung der Parteiarbeit bemüht haben⁴², und zwar aus den gleichen Gründen, wie sie eben Herr Dichtel dargelegt hat. Wir haben uns damals bemüht, eine klare Kompetenzverteilung vorzunehmen, um diese Angelegenheit, von der insbesondere auch Herr Dr. Even gesprochen hat, in der Satzung oder in der Geschäftsordnung zu regeln. Wir haben damals gesagt: der Bundesvorsitzende, der erste Stellvertreter, der zweite Stellvertreter usw. Dann haben wir uns in Berlin am Tage nach der Bundespräsidentenwahl⁴³ von diesem Konzept wieder gelöst und zurückgefunden zu den Vorschlägen, die dann in Karlsruhe angenommen worden sind.

Die Aktivierung der Parteiarbeit setzt voraus, daß eine klare Kompetenzverteilung vorgenommen wird. Wir sind als stellvertretende Vorsitzende bisher tätig gewesen, so gut es eben ging. Die Frage muß aber geklärt werden, sonst hat die ganze Konstruktion keinen Zweck. Der neue Mann muß also mit Vollmachten ausgestattet werden. Ob das Herr Dufhues, Herr X, Y oder Z ist, das ist völlig gleichgültig. Er muß also diese Vollmachten haben, sonst werde ich mich persönlich gegen eine solche Lösung

⁴² Landesvorsitzenden-Konferenzen fanden statt am 22. Januar, am 5. März, am 23. April, am 2. Juli (Berlin) und am 3. September 1959. Protokolle in ACDP VII-004-034/1. – Bei der Sitzung am 2. Juli 1959 in Berlin gaben Blumenfeld und Dufhues zu bedenken, es sei fraglich, ob Adenauer 1961 noch Parteivorsitzender sei. Vgl. „Der Spiegel“, Nr. 30 vom 22. Juli 1959, S. 19. Im Protokoll vom 2. Juli ist nur nachweisbar, daß sich Dufhues gegen eine Verbindung von Kanzleramt und Parteivorsitz ausspricht.

⁴³ Am 1. Juli 1959.

wehren, weil ich glaube, daß wir dann nicht von der Stelle kommen werden. Diese Vollmachten sind also die Voraussetzung dafür, daß das neue Amt funktioniert.

Ich darf noch hinzufügen, man sollte dieses ganze Thema vielleicht nicht so sehr im Bundesvorstand erörtern, sondern mit den Landesvorsitzenden besprechen. Denn die Landesvorsitzenden werden in ihren Landesverbänden gefragt, was denn für den Parteitag in Dortmund beabsichtigt sei. Man kann also diese Frage am besten mit den Landesvorsitzenden, wie wir es auch früher gemacht haben, besprechen.

Wir haben damals die Konferenz der Landesvorsitzenden bewußt nicht weitergeführt, um nicht den Eindruck zu erwecken, neben dem Bundesvorstand gäbe es noch ein anderes Gremium. Aber, Herr Bundeskanzler, ich habe Ihnen mehrfach vorgetragen, innerhalb der Landesvorsitzendenkonferenz fühlt man sich absolut bundesverantwortlich. Wir haben uns dort kennengelernt und die anstehenden Fragen eigentlich immer in glänzender Weise gelöst. Man sollte also diese Landesvorsitzenden beauftragen, gesondert über dieses Thema nachzudenken. Ich möchte nicht, daß wir etwas Neues erfinden, wenn wir nicht von vornherein die Dinge ganz durchdenken; d. h., es müssen klare Kompetenzen auch in der Verantwortlichkeit geschaffen werden. Dann weiß jeder, was er zu tun hat.

Wir sollten also einmal die Landesvorsitzenden zusammenkommen lassen, ob unter Ihrem Vorsitz oder unter dem Vorsitz eines Stellvertreters, das ist gleichgültig. Wir sollten dieses Thema dort wieder einmal anknüpfen, wo wir im Sommer 1959 stehengeblieben sind. Ich bin der Meinung, daß wir dann sehr schnell eine plausible Lösung finden werden. Wir kommen ja vor dem Parteitag in Dortmund noch einmal zusammen, um dann die Dinge endgültig zu besprechen.

Von Brentano: Ich habe mich inzwischen mit Herrn Scheufelen unterhalten. Er hat mir bestätigt, daß diese Gespräche im Hause Horten stattgefunden haben, daß aber mit keinem Wort über die Frage „Dufhues“ gesprochen worden ist.

Interessant ist nur, daß diese Mitteilung, die nicht nur ich bekommen habe, aus Düsseldorf kommt und wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen verbreitet wird wie die Erklärung, die Herr Weyer⁴⁴ abgegeben hat. (*Burgbacher:* Dieselbe Quelle!)

*Schmücker*⁴⁵: Wir dürfen die Entscheidung nicht an eine Vorbedingung knüpfen. Eine Vorbedingung, die gestellt worden ist, haben Sie, Herr Bundeskanzler, zerstreut, indem Sie erklärten, daß damit die Frage des Nachfolgers nicht angeschnitten werde. Nordrhein-Westfalen tut sich einen schlechten Dienst, wenn es das sagt. (*Even:* Das

44 Willi Weyer (1917–1987), 1950–1954 und 1958–1975 MdL NW (FDP), 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender, 1962–1975 Innenminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 767 Anm. 71. – Weyer erklärte während eines Kreisparteitages am 3. Februar 1962 in Gelsenkirchen, er könne die Berufung Krones in das Bundeskabinett nur so verstehen, daß Adenauer Krone als seinen Nachfolger „aufbauen“ wolle. Vgl. „Die Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Februar 1962.

45 Dr. h.c. Kurt Schmücker (1919–1996), 1949–1972 MdB (CDU), 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 1956–1966 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 920 Anm. 1.

ist doch nicht gesagt worden.) Es darf auch nicht gesagt werden, es müsse ein Katholik sein. Herr Krone hat erklärt, der Generalsekretär passe nicht in unsere Gedankenwelt. Vielleicht unterscheidet sich unsere Gedankenwelt doch etwas, und ich finde es nicht abwegig; denn die großen politischen Organisationen haben sich mit den geschäftsführenden Präsidialmitgliedern geholfen. Die Frage ist nur, wie kann der Betreffende seine volle Arbeitskraft einsetzen?

Nun haben wir gehört, daß Herr Dufhues von vornherein auf ein Ministeramt verzichtet. Er will also in einen Privatberuf zurückgehen. Die Frage bleibt aber, wird er neben dem Privatberuf noch genügend Zeit haben? Ich habe da Bedenken. Dann müssen wir ihn schon in die Lage versetzen, finanziell unabhängig dieses Amt durchzuführen. Ich habe in einer Pressemeldung gelesen, daß Herr Dufhues gesagt haben soll, daß er keine solche finanzielle Honorierung annähme, weil er unabhängig gegenüber der Partei bleiben wolle. Das verstehe ich. Aber Herr Dufhues, wir müssen Wert darauf legen, daß derjenige, der unsere Partei führt, in jedem Fall gegenüber jedermann unabhängig ist. Aus diesem Grund spielt die Frage der finanziellen Absicherung eine erhebliche Rolle. (*Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Vielleicht hören Sie mir mal zu! Zunächst glaube ich, nachdem diese ganze Sache in der Presse angeschnitten worden ist, daß wir unserer Partei einen sehr schlechten Dienst tun, wenn wir heute nicht zu einer Entscheidung kommen. Wir wissen ferner, daß nicht unter den Herren, aber sonst in der Wählerschaft von Nordrhein-Westfalen die Frage, wer soll Ministerpräsident werden, Meyers oder Dufhues, eine Rolle spielt.

Ich habe mich gefreut, das sage ich ganz offen, daß nun diese Frage aus der Welt geschafft worden ist. Das ist für den Ausgang der Wahl für die CDU in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung. Es darf z. B. gar nicht die Version hochkommen – die ganz sicher von der parteipolitisch entgegengesetzten Seite ausgehen wird –, der Streit, wer Ministerpräsident werden soll, sei noch nicht zu Ende und deswegen habe man die ganze Sache auf die lange Bank geschoben.

Nun bitte ich Sie, die ganze Angelegenheit wirklich etwas klarer zu sehen. Als wir mit der Bundespartei im Jahre 1949 anfangen, hatten wir, die wir in der Bundesregierung tätig waren, gegenüber heute Frühling. Ich habe das damals mehr als einmal dem Herrn Hallstein⁴⁶ gesagt: Wir leben jetzt im Frühling. Wir haben noch keine großen Sorgen, sondern zunächst nur die Sorge, frei zu werden. – Aber heute sind wir in einer Periode sehr harter Arbeit im Bund. Deswegen ist es notwendig, daß nun für die Parteispitze wirklich etwas getan werden muß.

Ich stehe an der Spitze als Bundeskanzler. Ich stehe bei einzelnen sehr wichtigen Entscheidungen natürlich zur Verfügung, aber ich kann mich nicht um die laufenden

46 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist, Professor; 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 59 Anm. 21.

Arbeiten kümmern. Das sage ich in aller Offenheit. Ich wüßte auch nicht, woher ich die Zeit nehmen soll. Für mich gibt es überhaupt keinen 8-Stunden-Tag. Ich habe gestern einmal, nachdem ich das alles von der Gewerkschaft in der Zeitung gelesen habe, meinen gestrigen Arbeitstag ausgerechnet. Das waren mehr als zehn Stunden. Und einen Gewerkschafter als Bundeskanzler – das kann man wohl nicht machen. (*Heiterkeit.*) Nehmen Sie bitte die anderen Herren! Herr Gerstenmaier hat wirklich mit dem Bundestag und den repräsentativen Verpflichtungen, die damit verbunden sind, satt und genug zu tun. Herr Blank hat ebenfalls mit den sozialen Gesetzen, die uns bevorstehen und die sehr sorgfältig vorbereitet werden müssen, ferner mit seiner Tätigkeit als Vertreter der Arbeitnehmer im Industriegebiet wirklich satt und genug zu tun. Herr Krone hatte genug zu tun. Aber er bekommt jetzt noch mehr zu tun. Er tut mir manchmal leid, aber er wird sich daran gewöhnen müssen. Er kann also auch nicht zur Verfügung stehen. Es bleibt übrig Herr von Hassel. Nun habe ich gesagt, Herr von Hassel hat sich in dankenswerter Weise bisher zur Verfügung gestellt. Aber ich halte es für notwendig, daß jemand immer hier in der Nähe von Bonn erreichbar ist und sich um die laufenden Sachen kümmern kann. Es kommt jeden Tag etwas Neues.

Zum Beispiel unser Verhältnis zur Presse ist doch geradezu miserabel. Und davon hängt doch außerordentlich viel für die Zukunft ab. Herr Schmücker, ich habe die gleiche Frage an Herrn Dufhues gestellt bei der Besprechung, die wir gehabt haben. Ich habe ihn ganz präzise gefragt, wieviel Zeit und Arbeitskraft er zur Verfügung stellen könne.

Dufhues: Da habe ich noch eine andere Frage einzuschieben. Ich habe nichts gesagt, um meine Person geht es nicht. Ich kann heute nur erklären, wenn Sie entsprechend beschließen und der Bundesparteitag es bestätigt, dann bin ich bereit. Ich stelle mir meine Aufgabe nicht so vor, daß ich nun irgendwie in einer mehr oder weniger konstruierten Kompetenzabgrenzung der führenden Persönlichkeiten des Vorstandes arbeite. Der Bundesparteivorsitzende, der Herr Bundeskanzler, ist durch sein Amt stark in Anspruch genommen. An sich ist mit dem Amt des Bundesvorsitzenden eine Fülle von laufenden Aufgaben verbunden, die ständig weitergehen nach vielen Richtungen hin. Diese Aufgaben müssen gelöst werden. Ich glaube nicht, daß man hier erfolgreich arbeiten kann, wenn man sich in erster Linie nur über Kompetenzabgrenzungen unterhält. Hier muß jemand wirklich mit voller Kraft an die brachliegenden Aufgaben herangehen. Ich übernehme kein Regierungsamt mehr, wie Sie sich auch entscheiden mögen. Es steht für mich fest. Diese Erklärung ist vorbehaltlos und völlig eindeutig. Und wenn ich das Amt übernehmen soll, dann habe ich aufgehört, ein Homo privatus zu sein. Das habe ich bereits erklärt, und ich wiederhole, was ich dem Herrn Bundeskanzler gesagt habe: Ich bin bereit, 50 % meiner Arbeitskraft diesem Amt zur Verfügung zu stellen, wobei ich mich aber nicht auf 49 oder 51 % festlegen möchte.

Adenauer: Sie haben die Ausführungen von Herrn Dufhues gehört. Ich habe die gleiche Frage an Herrn Dufhues gestellt: Wieviel Ihrer Arbeitszeit und Kraft können

sie für das Amt zur Verfügung stellen? Er hat mir gesagt: 50 %. Ich glaube, das reicht aus. Denn Herrn Dufhues kennen wir alle. Er ist ein schneller und gewandter Arbeiter.

Nun habe ich noch eine Frage: Wie haben sich die Herren aus Nordrhein-Westfalen, insbesondere die Herren Meyers und Dufhues, die Sache gedacht bis zur Wahl? Soll Herr Dufhues solange Minister bei Ihnen bleiben oder nicht? (*Dufhues*: Es handelt sich um einen Monat. – *Meyers*: Knapp vier Wochen.) Selbstverständlich muß der Bundestag die Änderung des Statuts beschließen, aber soll die Arbeit erst nach dem Parteitag beginnen? (*Dufhues*: Ich würde Bedenken haben, Aufgaben zu übernehmen, die nach der einmütigen Meinung aller Delegierten der Sanktion des Bundestages bedürfen. Ich möchte nicht diesen Eindruck erwecken.) Herr Dufhues, Sie haben mir aus der Seele gesprochen.

Dichtel: Wir müssen aber bedenken, was auf uns zukommt von den Sozialdemokraten. Dagegen müssen wir doch die notwendige Front errichten, auch für die Landtagswahlen, und da ist jede Stunde kostbar. (*Dufhues*: Ich arbeite intensiv an der Landtagswahl mit.)

Krone: Ich meine, daß der Standpunkt von Herrn Dufhues richtig ist. Wer ein solches Amt beginnt, der muß auch eine echte Legitimation dafür haben. Was wir hier tun, ist eine politische und parteipolitische Überlegung. Aber sie muß vom Bundestag noch sanktioniert werden. Ich teile auch die Auffassung von Herrn von Hassel. Wir sollten diese Frage zunächst einmal in einem Gremium der Partei, und zwar im Rahmen der Landesvorsitzendenkonferenz, besprechen, aber nicht, um sie abzutun, sondern um sie gut hereinzubekommen. Dazu gehört, daß dieses Gremium die Lösung mit Herrn Dufhues für richtig ansieht und sie bejaht. (*Even*: Die Landesvorsitzenden sind doch alle im Bundesvorstand.) Man kann nicht sagen, Dufhues übernimmt alles – und von Hassel, Blank und Gerstenmaier, was sind sie denn überhaupt noch? Die Herren sind doch auch gewählt worden. Überhaupt meine ich, Herr Schmücker, in der Hauptsache gibt dieses Amt eine Arbeitsaufgabe dem neuen Mann, aber nicht eine politische Führungsaufgabe. Der Generalsekretär ist ein Mann der politischen Führungsaufgaben in den romanischen Ländern. Aufgrund meines Gespräches mit Herrn Dufhues weiß er, was ihm blüht. Ich kann mir vorstellen, daß die stellvertretenden Parteivorsitzenden mit Herrn Dufhues zusammenarbeiten. (*Dufhues*: Aber keineswegs unpolitisch! – *Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen das klarstellen. Nach meiner Auffassung hat er auch politische Aufgaben, sonst hat es keinen Zweck. Ich wiederhole nochmals: Wenn wir hier so auseinandergehen, daß wir sagen, jetzt sollen erst noch einmal die Landesvorsitzenden gehört werden, dann ist die Sache draußen kaputt. (*Even*: Sehr richtig!) Man kann ja doch mit den Landesvorsitzenden auch ohne das zusammenkommen, um die Angelegenheit näher zu umgrenzen. Ich bin der Auffassung, auch da müssen sich die stellvertretenden Landesvorsitzenden dem fügen. Ich füge mich auch. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden fügen sich. Ich habe erst vorgestern mit Herrn Dufhues über die Sache sprechen können. Was notwendig ist

und was man als notwendig erkennt, das muß eben gemacht werden. Deshalb bin ich der Auffassung, es sollte ein Beschluß gefaßt werden vom Bundesvorstand, einen diesbezüglichen Vorschlag dem Bundesparteitag zu unterbreiten. (*Zustimmung.*)

Dichtel: Wenn wir heute den offiziellen Beschluß fassen, im Bundesparteitag vorzutragen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen, dann ist auf der Sitzung etwas Positives herausgekommen. Man erwartet auch etwas von uns. Das schließt nicht aus, daß die Landesvorsitzenden, die in ihren Sitzungen das Organisations- und Finanzstatut erarbeitet haben, noch einmal darüber sprechen.

Aber bitte noch eines: Bitte verhandeln Sie auf dem Parteitag nicht über Kompetenzen und Vollmachten, die der geschäftsführende Vorsitzende haben soll. Nach meiner Meinung ist der geschäftsführende Vorsitzende Ihr Vertreter, Herr Bundeskanzler, und hat jegliche Vollmacht, die Parteiarbeit anzupacken und zu aktivieren. In diesem Rahmen hat er auch seine politische Bedeutung und ein politisches Wort in der Führung der Partei mitzusprechen.

Stoltenberg: Man kann den Grundsatzbeschluß heute fassen und gewisse Modalitäten später klären, z. B. die Frage, will man diesen Mann als einen Zwischenmann völlig neu zwischen dem Vorsitzenden und den Stellvertretern in der Satzung verankern? Das würde bedeuten, daß wir in einigen Jahren bei einem Nachfolger diese Konstruktion in der Satzung hätten. Oder will man sagen, einen zusätzlichen Vertreter, aber mit klaren Funktionen als geschäftsführender Vorsitzender. Diese Fragen müssen erörtert werden. Wir brauchen aber heute nicht endgültig darüber zu diskutieren; wir werden es jedoch nach außen klar sagen müssen.

Auch einige optische Gesichtspunkte müssen berücksichtigt werden. Es darf z. B. nicht der Eindruck entstehen, als ob evangelische Stellvertreter nur Vertreter dritten oder vierten Ranges seien. Die stellvertretenden Vorsitzenden müssen ebenfalls mit klaren Kompetenzen ausgestattet werden. Jedenfalls halte ich diese Frage für sehr wichtig.

Wir sollten also heute nach außen im Grundsatz sagen: Der Parteivorstand ist sich darüber einig, daß ein geschäftsführender Vorsitzender gewählt werden soll. Die Modalitäten dazu sollen auch in politischer Hinsicht noch einmal im Kreise der Landesvorsitzenden und dann im Bundesvorstand noch vor dem Parteitag diskutiert werden. Es gibt da noch einige offene Dinge, die wir vor der Öffentlichkeit nicht zu behandeln brauchen.

Adenauer: Herr Dufhues, welche Formulierung würden Sie vorschlagen?

Dufhues: Ich würde es für richtig halten, daß der Bundesvorstand heute beschließt, dem Bundesparteitag vorzuschlagen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen.

Wenn Sie es für richtig halten, würde ich darum bitten, daß der Name genannt wird. Dann beginnt die Arbeit. Es ist selbstverständlich, daß ich den Kontakt zu Ihnen, Herr Bundeskanzler, und zu den Landesvorsitzenden suchen muß, um die Dinge aufeinander abzustimmen. Es ist auch selbstverständlich, Herr von Hassel, daß ich diese Kontakte mit den Landesvorsitzenden suche und mich mit Ihnen abstimme. Ich

würde also bitten, dem Parteitag zu empfehlen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen.

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Sollen wir abstimmen? (*Mehrere Zurufe:* Nein!) Dann darf ich feststellen, daß wir einstimmig dieser Auffassung sind. Ich darf wiederholen, Herr Dufhues, daß beschlossen wird, dem Bundesparteitag vorzuschlagen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen und die Satzung entsprechend zu ändern. In Aussicht genommen ist Minister Dufhues. (*Meyers:* „Vorgeschlagen wird“ ist besser als „in Aussicht genommen“.) Also gut; vorgeschlagen wird Herr Minister Dufhues, der keine ministerielle Tätigkeit mehr in Nordrhein-Westfalen übernehmen wird. (*Meyers:* Das steht schon in der Zeitung.) Wir wollen es offiziell sagen. (*Etzel:* Das kommt gut an.)

BILDUNG EINES AUSSCHUSSES ZUR VORBEREITUNG DER FINANZREFORM

Wir haben noch einen Antrag von Herrn Etzel auf der Tagesordnung stehen wegen Einberufung eines Ausschusses über Finanzierungsfragen. Ich weiß nicht, ob Sie in der Lage sind, hierfür schon bestimmte Leute zu nennen. Wir werden von der Bundesregierung aus einen solchen Ausschuß einsetzen. Es wird darüber morgen in der Kabinettsitzung der Herr Starke die Namen nennen, die ihm vorschweben.

Krone: Herr Etzel, in der letzten Sitzung des Parteivorstandes ist beschlossen worden, der Engere Vorstand soll diesen von Ihnen angeregten Ausschuß zur Finanzreform konstituieren. Ich weiß aber nicht, ob das heute schon möglich ist.

Etzel: Ich habe mit ihnen nicht gesprochen. Ich bin der Meinung, wir sollten zunächst aus dem Engeren Vorstand heraus eine kleine Kommission einsetzen, die das Problem in sich noch einmal diskutiert und dann endgültig Vorschläge in der nächsten Sitzung macht, wobei gleichzeitig die Kommission die Funktion haben soll, die Länderfinanzen – der Ausgleich des Haushalts 1962 – in dem Sinne zu ordnen, wie es früher gemacht worden ist, wenn zwischen dem Bund und den Ländern Schwierigkeiten waren.

Es muß auch über die Deckung zwischen dem Bund und den Ländern diskutiert werden. Es gibt weiter das Problem der Haushalte 1963 und 1964, ferner das Problem der Finanzverfassung. Neben der Regierungskommission müssen wir auch als Partei Stellung nehmen, weil die FDP und die SPD solche Kommissionen bereits eingesetzt haben. Wir sollten zunächst einmal als Politiker darüber sprechen. (*Adenauer:* Können Sie Vorschläge machen?) Es muß eine Mischung sein aus Bund- und Länderkompetenzen. Ich habe an folgende Herren gedacht: Dufhues, von Hassel, Fricke, Scheufelen und Erhard. (*Von Brentano:* Ist das der Gegensatz zu den beiden Vorhergenannten? – *Große Heiterkeit.* – *Erhard:* Ich bin sehr beschäftigt.) Ich werde Sie jedenfalls einladen. (*Adenauer:* Denken Sie nicht an die Gemeinden?) Doch, Herr Lücke ist Präsident des Gemeindetages. (*Meyers:* Die Leute müssen für diese Arbeit Zeit haben.)

Adenauer: Herr Meyers hat etwas Richtiges gesagt. Das müssen Leute sein, die Zeit haben. Morgen wird sich das Kabinett mit der Frage befassen. Es wird in der nächsten Woche beschließen. Sollen wir nicht danach nochmals zusammenkommen im Laufe des Monats Februar, um im Engeren Vorstand diese Frage in Ruhe zu klären?

Etzel: Sie wollen die Personenfrage ganz ausklammern! Aber ich soll ja berichten. Ich werde das Problem kurz aufreißen, um darzustellen, worum es geht. Das ist ein Problem von größter Wichtigkeit.

Meyers: Herr Etzel könnte beauftragt werden, mit der Kommunalpolitischen Vereinigung zu verhandeln und Beziehungen aufzunehmen, daß die einen Spezialisten für die Gemeinden benennt.

Von Hassel: Die Kommunalpolitische Vereinigung hat bereits ein solches Gremium gebildet. Herr Eberhard⁴⁷ ist auch dabei. Das ist der Vorsitzende der Länder-Finanzkommission und ein wesentlicher Mann.

Etzel: Die Kommunalpolitische Vereinigung ist nicht in der Lage, das Thema in der ganzen Breite zu sehen, obwohl die kommunalen Finanzen eine wichtige Rolle spielen.

Adenauer: Ich möchte die Herrschaften draußen nicht zu lange warten lassen. Sollen wir im Laufe des Monats Februar noch einmal im Engeren Vorstand zusammenkommen, um diese Frage zu besprechen? (*Etzel:* Herr Bundeskanzler, es brennt wegen des Ausgleichs im Jahre 1962.)

Von Brentano: Es geht um den Haushaltsausgleich für 1962, und es ist enorm wichtig, daß wir hier in irgendeiner Weise zum Ziel kommen, zu einem Verständnis mit den Ländern, sonst weiß ich nicht, wie der Bund die Sache machen soll.

Adenauer: Das kann doch nicht Aufgabe dieses Ausschusses sein. Woher hat denn der Ausschuß die Autorität, die Länderkabinette aufzufordern, in die Tasche zu greifen. Ich sehe vor mir Herrn Meyers. Das ist unser führender föderalistischer Führer. (*Heiterkeit.* – *Meyers:* Das ist nur Ihre Ansicht, Herr Bundeskanzler!)

Etzel: Das ist ein wichtiges Anliegen, Herr Bundeskanzler, daß diese Herren aus der Gesamtheit der Partei heraus gemeinsame Vorstellungen entwickeln. Wir haben auch damals nächtelang bei Herrn von Hassel gesessen, aber mit dem besten Erfolg.

Adenauer: Jetzt sind auch die Beamten und Angestellten mit Forderungen gekommen. Wie stellen wir uns dazu? Lehnen wir das einfach ab? Dazu werden der Bundesfinanzminister und die Länderfinanzminister zusammenkommen müssen. (*Krone:* Zwischen uns und den Ländern muß ein dauernder Kontakt sein.)

Etzel: Ausgangspunkt war, daß Bund und Länder sich nicht auseinanderleben dürfen und daß wir deswegen eine parteieinheitliche Regelung versuchen sollten. Das muß der Ausschuß versuchen.

47 Dr. Rudolf Eberhard (geb. 1914), 1950–1974 MdL Bayern (CSU), 1953–1968 Mitglied des Landesvorstands, 1954–1964 stv. Vorsitzender der CSU, 1957–1964 bayerischer Finanzminister, 1958–1964 stv. Ministerpräsident.

Adenauer: Sie wollen eine Finanzreform. Aber nach meiner Meinung steht dieser Ausschuß darüber. Er soll überhaupt eine bessere Verbindung herbeiführen, und wenn ihm das gelingt, dann gilt das auch für die Finanzen.

Meyers: Es ist eine dringende Aufgabe, und ich möchte die Angelegenheit nicht in einen solchen Ausschuß hineingeben. Es wäre deshalb zweckmäßig, wenn wir Herrn Etzel beauftragen, mit den Finanzministern der Länder, die zu uns gehören, zusammenzukommen, um einen praktischen Vorschlag auszuarbeiten. (*Etzel:* Das soll Herr von Hassel wie bisher machen.)

Von Hassel: Als ich Präsident des Bundesrates war, habe ich solche Kontaktgespräche aufgenommen, auch auf dem Gebiet der Finanzreform usw. Wir haben dann später versucht, durch die Präsidenten des Bundesrates, in Sonderheit des Herrn Sieveking⁴⁸, diese Gespräche fortzusetzen. Dann mußten Herr Krone und ich die Dinge in die Hand nehmen, weil wir sonst nicht zu Rande kamen. Ich habe das aber im letzten Jahr aufgegeben, weil das einfach nicht zu schaffen war. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Krone gesagt, die neue Bundestagsfraktion der CDU muß als erstes diese Kontaktgespräche fortsetzen. Dazu kommt nun heute ein konkreter Vorschlag, wie man ein solches Gremium zustande bringen kann, und zwar von seiten des Bundes. Aber dieses Gremium ist nicht in der Lage, diese unerhört schwierige Finanzreform zu machen. Deshalb müssen wir für diesen Zweck ein eigenes Gremium bilden. Die Frage ist, wie man es zusammensetzt.

Meyers: Es muß schnell gearbeitet werden. Der Bundesetat wird in einigen Wochen beraten. An sich sind unsere Finanzminister die gegebenen Leute, und wo wir nicht den Finanzminister stellen sollte es der Ministerpräsident sein.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß Herr Etzel und Herr von Hassel beauftragt werden, einige Leute mit heranzuziehen, um über die Finanzreform und den Haushaltsplan 1962 zu beraten. (*Etzel:* Diese Herren prüfen das vor, und dann kommt der Engere Vorstand im Laufe des Monats Februar noch einmal zusammen.) Und wie rechtfertigen wir uns vor dem Bundesvorstand? (*Meyers:* Indem Sie das Ergebnis vortragen und erklären, daß wir einmütig dahinterstehen.) Dann darf ich die Sitzung des Engeren Vorstandes schließen.

48 Dr. Kurt Sieveking (1897–1986), 1953–1957 Erster Bürgermeister von Hamburg (CDU).
Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 419 Anm. 1.